

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Bäuerliches Bauen für Mensch und Tier

Foto: Schivelbein

Tierhaltung

Wird es gelingen, mit einer Baugesetznovelle Massentierhaltungsanlagen zu verbieten? Was machen Antibiotika-Thematik und Bürgerinitiativen gegen Megaställe? Ein Schwerpunkt auf den **Seiten 12-13** und der Kommentar auf **Seite 2**.

Märkte

Mengenbegrenzungen als Lösung für den Schweine- und den Milchmarkt. Höhere Preise für Zuckerrüben und weniger Geld für Biogas. Die Bewegungen auf den Märkten bewegen die Bauern und Bäuerinnen auf den **Seiten 4, 5 und 11**.

Gentechnik

Eine gentechnikfreie Landwirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen, diese müssen unter Umständen auch vor Gericht erstritten werden. Oder sind über Gesetze und Verordnungen neu zu definieren. Dazu die **Seiten 3 und 17**.

Die Seite 3

Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. 3

Märkte

Gewinn- statt Mengenwachstum ist die Devise 4

Kampagne versüßt! 5

Bäuerliches Biogas unter Druck 11

Bewegung

Bauer hält Hof in der Stadt 6

Die Bayern lassen nicht locker 8

Positive Stimmung in Thüringen 8

Für einen gentechnikfreien Vogelsberg 10

Genossen für Leguminosen 18

Milch

Kartellamt kritisch zu Fusionen 7

Schwerpunkt

Schwarzbau am Baugesetz 12

Gesunde Tiere dank frischer Luft, Auslauf und Stroh 13

Rosa Kreuze setzen Zeichen 13

Agrarpolitik

Kontrolle ist besser 14

Produktivitätssteigerung gegen Welthunger 16

Nachbau

Schweigen ist Gold 15

EuGH-Anwältin für die Bauern 15

Gentechnik

Schleichende Vergiftung 17

Weitere Themen

Zu Besuch bei Matthias Stührwoldt und Bernd Schmitz, Seite 9; Landleben, Seite 19; Aus fernen Ländern in Bolivien, Seite 20; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Mehr als 200 Bürgerinitiativen und Verbände verhindern bundesweit über ihr „Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ erfolgreich Tierfabriken vor Ort. Die Demonstration zur Grünen Woche in Berlin mit 23.000 Teilnehmern zeigt, dass das Motto „Bauernhöfe statt Agrarindustrie“ mitten in der Gesellschaft angekommen ist. CDU-Landräte in den Intensiv-Tierhaltungsregionen und der Landkreistag als Zusammenschluss der Landkreise fordern eine baurechtliche Einschränkung von Großmastanlagen. Ebenso Bürgerinitiativen und Parlamente in Nachbarstaaten. Kommunen, Städte und Landkreise sprechen sich in Resolutionen gegen die agrarindustrielle Tierhaltung und für eine bäuerliche Landwirtschaft aus. Nach Initiativen mehrerer Bundesländer und Parteien muss Bundesbauminister Ramsauer im Baugesetzbuch das Recht der Gemeinden verankern, gewerbliche Tierhaltungsanlagen ohne genügend Futterfläche oberhalb bestimmter Tierzahlen zu unterbinden.

Die EU-Kommission mahnt alle EU-Länder mit Androhung von Vertragsstrafen an, endlich die EU-Richtlinien zum Tierschutz umzusetzen, so z.B. das Verbot des Kupierens von Körperteilen und das Gebot des Zugangs zu Stroh. Niedersachsen als Kernland der Intensivtierhaltung muss im „Neuen Tierschutzplan“ viele strukturelle Missstände auflisten und Fristen setzen zu deren Beseitigung. In der EU-Agrarreform kann Tierschutz als Prämienbedingung verankert werden, ebenso



Kommentar

Wann, wenn nicht jetzt?

eine stärkere Bindung der Tierhaltung an betriebseigenes Futter – EU-weit ohne Wettbewerbsverzerrungen. Keine Woche ohne neue Medien-Entwühlungen über agrarindustrie-immanente Missstände: Antibiotika und resistente Keime, Qualzucht und Qualhaltung,

ruinöse Ausbeutung in Schlachthöfen und in der Vertragsmast, Futtermittelimporte und Fleischexporte zu Lasten der Bauern und der Ernährungssouveränität der Länder des Südens. Auch wenn die meisten Verbraucher beim Einkauf der undeckelten Billigprodukte noch inkonsequent sind, lehnen sie als Bürger bei Befragungen zu 90 Prozent die Weiterführung der agrarindustriellen Qualhaltung klar und deutlich ab.

Angesichts der anhaltend ruinösen Überschussproduktion für den Weltmarkt zweifeln immer mehr Bauern an der Fortführung dieser Strategie von Schlachtereien und Agrarindustrie-Konzernen. Agrarindustrie und Bauernverband sehen sich „an der Wand“, die Parolen vom „Mitnehmen zur modernen Tierhaltung“ verhallen hohl. Einige Länder fördern nur noch Stallbauten für artgerechte Tierhaltung unterhalb bestimmter Tierzahl-Obergrenzen; die Exportsubventionen werden abgebaut, es gibt neben Bio oder Neuland weitere neue Programme mit einer artgerechteren Tierhaltung und heimischen Futtermitteln. Der Stop der Agrarindustrie und die Tierschutz- und Umweltschutzforderungen böten die Chance fairer Erzeugerpreise – wegen der damit verbundenen Mengenreduzierung, Flächenbindung und Akzeptanz.

Erstaunlich viele und rasche Erfolge einer neuen gesellschaftlichen Bewegung. Und doch warnen manche vor „zuviel Optimismus“. Denen ist zu sagen: Gewiss, die Obergrenzen im Baurecht sind noch viel zu hoch und gelten noch nicht für flächenstarke Betriebe – aber es stehen solche Grenzen als Einstieg erstmals im Gesetz. Gewiss, viele Forderungen einer artgerechten Tierhaltung wie Weidegang und Auslauf stehen noch nicht im Tierschutzplan – aber die meisten der genannten Missstände werden sich in Großanlagen ohne Auslaufmöglichkeiten auch bei „bestem Management“ nicht abstellen lassen. Gewiss, es wird an Antibiotika-Reduzierungsprogrammen gebastelt – aber nur eine artgerechte Tierhaltung hängt nicht am Medikamenten-Tropf.

Und ja, gewiss: die Gegenseite ist mächtig – aber auch geschwächt. Und vor allem: Wir haben gerade erst angefangen. Beim Schwung der neuen Bewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ können wir noch mächtig drauflegen. Man muss gewinnen wollen – nur dann wird man auch gewinnen. Und wir wollen gewinnen. Jetzt.

Eckehard Niemann

Vertreter der AbL in der Netzwerk-Koordination „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“

Impressum **unabhängige bauernstimme**

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Unwissenheit schützt vor Strafe nicht

Oberverwaltungsgericht entscheidet über schleichende gentechnische Verunreinigungen durch Saatgutunternehmen

Kurz vor dem Erscheinen dieser Zeitung wurde vor dem Oberverwaltungsgericht in Leipzig verhandelt, ob ausgesätes, unwissentlich gentechnisch verunreinigtes Saatgut auf den Äckern weiter wachsen darf oder ob die staatlichen Behörden, wie in der Vergangenheit, die Möglichkeit und Verpflichtung haben, den Umbruch der betroffenen Felder anzuordnen.

Der konkrete Fall liegt einige Jahre zurück. Vor viereinhalb Jahren, um genau zu sein, hatte er seinen Ursprung im Verkauf von Rapssaatgut der Deutschen Saatveredelung AG (DSV). Soweit nichts Ungewöhnliches. Was zu diesem Zeitpunkt keiner der betroffenen Landwirte ahnen konnte: Das Saatgut war mit gentechnisch verändertem Raps verunreinigt, wie Untersuchungen nordrhein-westfälischer Behörden ergaben: Spuren gentechnisch veränderter Rapssamen im Bereich von 0,03 bis 0,1 Prozent. Als Verursacher identifiziert wurde der gentechnisch veränderte Raps der Linie Falcon GS40/90. Ab 1999 war Falcon GS40/90 in Mecklenburg-Vorpommern offiziell freigesetzt worden.

Anordnung zum Umbruch

Teile des verunreinigten Saatguts waren bereits von 65 Landwirten auf etwa 1.500 Hektar in Hessen, im Saarland, Rheinland-Pfalz, Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Vorpommern ausgesät worden. In allen betroffenen Bundesländern haben die zuständigen Behörden den weiteren Anbau oder das Inverkehrbringen des Saatguts unverzüglich untersagt und die Vernichtung des bereits ausgesäten Saatguts mit sofortiger Wirkung angeordnet. Ziel der Behörden war es, der unkontrollierten Verbreitung des kontaminierten Saatguts Einhalt zu gebieten und eine weitere Ausbreitung, vor allem auf den Äckern, zu verhindern. In allen Bundesländern gab es Anfechtungsklagen gegen diese, vermeintlich rechtswidrige, Anordnung zum Umbruch. Diese wurden in allen Ländern abgewiesen und die Äcker umgebrochen. In Hessen stellten die Landwirte ihre Klage auf ein Feststellungsbegehren um. Die betroffenen Bauern wollten eine abschließende Klärung, die auch zukünftig Bestand hat. „Aufgrund der in der Vergangenheit stattgefundenen Freisetzung von Falcon GS40/90 könne es jederzeit faktisch zu Auskreuzungen kommen,...“, so die Begründung. Zwei Jahre später stellte der hessische Verwaltungsgerichtshof fest, dass die An-

ordnung des Regierungspräsidiums Gießen vom September 2007 auf Umbruch von Feldern, auf denen gentechnisch veränderter Raps der Sorte Falcon GS40/90 wuchs, rechtswidrig gewesen sei. Daraufhin ging das Land Hessen in Revision, die jetzt in Leipzig verhandelt wurde.

Hersteller haftet

Ein Umbruch der betroffenen Äcker ist teuer und aufwändig. Je nach Zeitpunkt des Umbruchs muss danach eine Frucht angebaut werden, die wirtschaftlich uninteressanter sein kann. Diese Kosten müsste, so sollte man denken, der Verursacher der gentechnischen Verunreinigung, also die entsprechende Saatgutfirma, zahlen. Das sind erhebliche, aber gerechtfertigte

Kosten, die der Verursacher zu tragen hat. Dass derartige „geringfügige“ Kontaminationen ohne Konsequenzen bleiben. Auf diese Weise reduziert sich ihre Verantwortung und mögliche Haftung. Im Rapsfall hat die DSV aus diesem Grund kurz nach Bekanntwerden der Verunreinigung eine Vereinbarung mit den 65 betroffenen Landwirten getroffen: Die Landwirte brechen ihre Rapsflächen um und werden dafür von der DSV entschädigt. Im Gegenzug verpflichten sich die Landwirte, vor dem Umbruch gegen die Anordnung zu klagen, treten aber die Ansprüche, die möglicherweise aus dieser Klage entstehen, an die DSV ab. Die DSV will auf diese Weise einen „Amtshaftungsanspruch“ gegenüber den jeweiligen Ländern aufbauen, um diese nach Klärung des Sachverhalts gegebenenfalls in Re-

vision zu ziehen. Die DSV möchte die Lebensmittelkette auszuschließen. Auch wenn die Bauern, wie in dem Gerichtsurteil des Verwaltungsgerichts Kassel beschrieben, das Saatgut „... ohne Kenntnis der vorhandenen Verunreinigung mit GVO...“ ausgesät haben und dies „kein „gezieltes“ Ausbringen von gentechnisch veränderten Organismen in die Umwelt...“ darstellt, ist dies eine massive Bedrohung für gentechnikfrei wirtschaftende Betriebe, Saatgutzüchter und Vermehrer, Imker und die gesamte Lebensmittelkette bis zum Verbraucher. Bei der Verhandlung am Oberverwaltungsgericht in Leipzig musste es darum gehen, ob die Aussaat von verunreinigtem Saatgut in Unkenntnis der Verunreinigung ein „gezieltes“ Ausbringen dar-



Genraps in die Schranken weisen!

Foto: BMU

Kosten für die Saatgutindustrie. Schließlich handelt es sich i.d.R. um Partien, die von staatlichen Untersuchungsbehörden im Rahmen des Saatgutmonitorings getestet werden, die Chargen sind bekannt und eigentlich ist es unter den Saatgut Anbietern üblich, erst die Testergebnisse abzuwarten, bevor die Chargen ausgeliefert werden.

Vor den Karren gespannt

Aus Sicht der ökonomisch funktionierenden Saatgutunternehmen ist es verständlich, dass sie ein Interesse haben,

gress zu nehmen.

Es geht um mehr

Für eine zukünftige gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion geht es allerdings um viel mehr als nur um die Entschädigung der Betroffenen. Hier muss eine zufällige, nicht zugelassene Ausbringung gentechnisch veränderter Samens immer eine möglichst 100-prozentige Rückholung desselben zur Folge haben, um eine schleichende Kontamination der gesamten Le-

bensmittelkette auszuschließen. stellt und diese als genehmigungspflichtige Freisetzung eingestuft wird. Wenn dies nicht der Fall ist, muss nach einer anderen gesetzlichen Handhabe gesucht werden, um eine Umbruchsanordnung zu rechtfertigen. Die Verhandlung in Leipzig könnte zeigen, dass das Gentechnikgesetz eine Regelungslücke hat, die unverzüglich geschlossen werden müsste.

mn

Gewinn- statt Mengenwachstum ist die Devise

Hochkarätiges Podium empfiehlt Bündelung gegenüber Schlachtkonzernen und Molkereien

Bauern sollten sich nicht nur um ihre Kosten kümmern, sondern auch um die Preise, die sie für ihre Schlachttiere oder ihre Milch erzielen. Darin war sich ein hochkarätig besetztes Podium auf einer Tagung der AbL NRW im münsterländischen Kreis Borken einig. Auch die steigenden Anforderungen des Tierschutzes kamen zur Sprache.

Der Marktexperte der Landwirtschaftskammer Niedersachsen Dr. Albert Hortmann-Scholten sagte voraus: „Die großen Wachstumsschritte wie in den letzten Jahren werden so nicht mehr weitergehen. Wir brauchen auf den Betrieben nicht ein Umsatzwachstum, sondern ein Gewinnwachstum.“ Damit die Schweinehalter ihre gesamten Kosten einschließlich der Arbeit bezahlen können, müssten sie für die Schweine umgerechnet 1,80 Euro je Schlachtgewicht bezahlt bekommen. Tatsächlich liegt der Preis aber 15 bis 20 Cent darunter.

20 Cent fehlen je Kilo

Eine wichtige Ursache für diesen Fehlbetrag sieht Dr. Hortmann-Scholten in der Übermacht der Schlachtkonzerne. „Die drei Großen schlachten zusammen über 55 Prozent der Schweine“, sagte er. Die Schweinehalter müssten sich am Markt besser organisieren, um die Schweine jeweils dahin zu bringen, wo höhere Preise bezahlt werden. Das sei das Hauptanliegen der bundesweit tätigen Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch, für die der Kammer-Experte auch tätig ist. Bisher seien 25 Prozent der deutschen Schlachtschweine hier gebündelt. „Das ist aber noch keine ernstzunehmende Bedrohung für die Schlachtkonzerne. Wir müssen mehr bündeln“, rief Hortmann-Scholten die Bauern auf.

Ähnliche Diskussion in Niederlanden

Auch Wyno Zwanenburg, der Vorsitzende des Niederländischen Schweinehalter-Verbandes, fragte in seinem Vortrag, wer an der Schweinehaltung eigentlich wirklich verdient. In der EU würden zwar 10 Prozent mehr Schweine erzeugt als gegessen. Aber an diesem Selbstversorgungsgrad von 110 Prozent – oder von 260 Prozent in den Niederlanden – profitierten nicht die Landwirte. Das belegte Zwanenburg, der selbst 1.000 Sauen hält, anhand von Untersuchungen der niederländischen Rabobank. In den Jahren 2005 bis 2009 lag der Gewinn pro Kapital im Einzelhandel bei 22 Prozent, in den Schlachthöfen bei 17 Prozent, in der Futtermittelwirtschaft bei 15 Prozent, aber bei den Schweinehaltern bei minus 3 Prozent.

Zudem gebe es seit einigen Jahren eine große öffentliche Debatte um Tier- und

Umweltschutz. „Die Nichtregierungs-Organisationen kommen auf immer neue Ideen“, so Zwanenburg. Doch der Niederländer sieht die Situation nüchtern und will aus dem Druck eine Chance ziehen. Sein Verband verfolgt das Ziel, sich mit Tierschutzorganisationen und den Handelsketten regelmäßig an einen Tisch zu setzen und gemeinsame Vereinbarungen zu treffen. Dabei soll es aber nicht nur um Tierschutz gehen, sondern auch darum, für die Bauern kostendeckende Preise zu erreichen. Damit höhere Preise nicht zu neuen preisdrückenden Überschüssen führen, müsse parallel über Instrumente einer Mengensteuerung nachgedacht werden. Möglicherweise sei eine Mengensteuerung einfacher durchzusetzen, wenn sie mit besonderen Qualitätsprogrammen verbunden werde, sagte Zwanenburg in einem Nebensatz. Um das umsetzen zu können, müssten sich die Schweinehalter besser organisieren.

„Tier- und Bauernschutz“

Die zunehmende Diskussion um Tierschutz in der Landwirtschaft griff von der AbL Günther Völker, Halter von 300 Sauen in Rheda-Wiedenbrück, auf. Völker sieht die Gefahr, dass kleinere und mittlere Betriebe die notwendigen Investitionen in den Tierschutz nicht mehr tätigen, sondern aussteigen. Dennoch sieht der erfahrene Landwirt keine Möglichkeit, der Tierschutzfrage zu entkommen: „Es gibt kein Zurück.“ Es müsse also darum gehen, die Tierschutzfrage bewusst mit der Erlösverbesserung für die Landwirte zu verbinden. „Das muss von der Landwirtschaft selbst eingebracht werden, sonst macht es niemand“, forderte Völker die Bauern-Organisationen auf. Zum Tierschutz müsse also der Bauernschutz hinzukommen.

Auch Völker mahnte an, es müsse nun eine Zeitspanne eintreten, in der auf den Betrieben das Eigenkapital nicht vernichtet wird, sondern wieder verbessert wird. Dazu sei es erforderlich, den Umfang der Produktion und das Wachstum kritisch zu beleuchten. „Es gibt kein Menschenrecht auf einen neuen Schweinestall. Es gibt Grenzen des Wachstums“, spitzte Völker es zu.

Bündelung auch bei Milch

Als vierten Referent konnte der AbL-Landesvorsitzende Bernd Schmitz den Vorsitzenden des Bundesverbands Deutscher Milchviehalter (BDM) Romuald Schaber begrüßen. Schaber berichtete davon, dass die Milcherzeugung derzeit in der EU wieder stark wachse. Wie sich dazu der Absatz entwickeln werde, sei jedoch unsicher. Das Problem sei, dass die Erzeuger bisher über keine Instrumente verfügten, um im Fall der Fälle die erzeugte Menge an einen sinkenden Bedarf anzupassen.

Um das zu ändern, forderte Schaber die Einrichtung einer Monitoringstelle auf EU-Ebene. Die solle den Milchmarkt intensiv beobachten und frühzeitig auf Marktstörungen reagieren. Wenn der Erzeugerpreis für die Milch die Vollkosten der Betriebe nicht mehr decke, müsse auf die Bremse getreten werden. Die Politik müsse dafür den Rahmen schaffen. „Das ist auch im Interesse des gesellschaftlichen Gemeinwohls“, so Schaber. Damit ein solches System im Sinne der Bauern arbeite, sei aber auch hier eine Voraussetzung, dass die Bauern sich in starken Erzeugergemeinschaften bündeln. So unterschiedlich die Ansätze der Referenten für die konkreten nächsten Schritte auch sein mögen. Auffällig ist doch, wie sehr sich die Analysen der verschiedenen Agrarmärkte einschließlich der Stellung der Bauern ähnelten. *uj*

Im Osten Neues

„Wer heute durch die ländlichen Regionen Ostdeutschlands fährt, sieht die durch die Bodenpolitik eingeleiteten Prozesse. Großflächenlandwirtschaft und Agrarindustrialisierung auf der einen Seite korrespondierend mit Abwanderung bis zur Neubildung von Wüstungen auf der anderen Seite.“ Bauer und Autor Jörg Gerke liegen zum Teil bislang unveröffentlichte Dokumente vor, die die Bodenpolitik der Nach-Wende-Zeit offenkundig werden lassen. Profiteure und Verlierer skizziert er in einer neuen Veröffentlichung, die am 9. März in Berlin vorgestellt wird. Dabei wird auch deutlich, welcher entscheidenden Beitrag die gezielte Landvergabe von öffentlichen Flächen durch die BVVG an die neuen, alten Profiteure leistete und immer noch leistet. *cs*
Infos: janssen@abl-ev.de



Auf dem Podium (von links): Günther Völker, Romuald Schaber, Bernd Schmitz, Wyno Zwanenburg, Dr. Albert Hortmann-Scholten (Landwirtschaftskammer Niedersachsen) Foto: Jasper

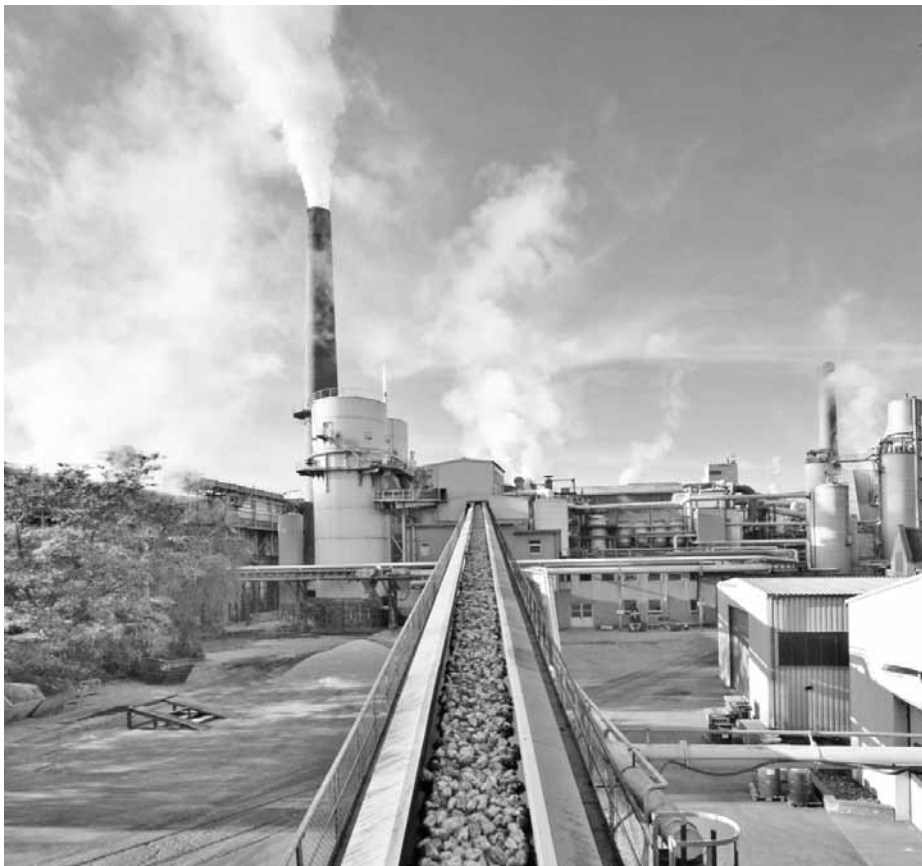
Kampagne versüßt!

Rübenbauern erfolgreich gegen Nordzucker

Durch die Versammlungen der norddeutschen Rübenanbauer schwappte eine Protestwelle gegen den Nordzuckerkonzern, als der die Landwirte – entgegen den Vorgaben der Zuckermarktordnung – nur unzureichend an den hohen Gewinnen und Zuckerpreisen des letzten Geschäftsjahres beteiligen wollte. Während die Südzucker AG die Rübenpreise bereits vom Marktordnungs-Mindestpreis von 26 Euro auf 37 Euro pro Tonne angehoben hatte, wollte die Nordzucker ihren Anbauern nur etwa 31 Euro zahlen. Ähnlich war

die derzeit immens hohen Zuckerpreise haben neben der Nachfrage von Schwedenländern und Ethanol-Herstellern vor allem folgende aktuelle Ursachen: Die Umstellung der Zuckerernte in Brasilien von Hand- auf Maschinenernte führt dazu, dass schwere Maschinen die mehrjährigen Zuckerrohrpflanzen schädigen, so dass nun alle vier statt alle sieben Jahre neu gepflanzt werden muss. Die Aufwertung des brasilianischen Real verschlechtert die Ex-

portbedingungen zusätzlich. Die durch diese Verknappung entstandenen hohen Weltmarktpreise führen wiederum dazu, dass die zuckerexportierenden Entwicklungsländer ihre Exportrechte in die EU (15 Prozent des EU-Zuckerbedarfs) nicht ausnutzen, sondern lieber auf den Weltmarkt liefern. Das führt zu einer Zucker-Verknappung in der EU, die auch durch die bessere Bezahlung von „Überrüben“ (über die Quoten hinaus) und durch Importe vom Weltmarkt kaum gemindert wird. Die obigen Ursachen dieser hohen Zuckerpreise werden wohl noch einige Jahre wirken, ehe dann vermutlich das Ende der Zuckermarktordnung und der Zuckerquoten wirksam werden – sofern man diese nicht verhindern kann. Insofern war die Protestwelle ein guter Anlass, endlich eine konzernunabhängigere Interessenvertretung der Rübenbauern gegenüber den Zuckerkonzernen zu schaffen. en



Die Zuckerfabrik der Konkurrenz.

Foto: Südzucker

es beim privaten Zuckerkonzern Pfeifer & Langen. Erst nach massivem Druck kam es zu einer Einigung auf 35,50 Euro. Hier zeigte sich, dass in der verschachtelten Nordzucker-Holding die Rechte der Landwirte kaum noch durchdringen. Im Aufsichtsrat der früheren „Bauernfabriken“ sitzen unter anderem Vertreter des Agrarchemiekonzerns Syngenta, des Raiffeisen-Großhandels Agravis, der Süßwaren- und der Milchindustrie. Die gewinnabhängigen Gehälter der bauernfernen Vorstandsmanager würden durch bessere Rübenpreise weniger hoch ausfallen. Die Konzernsprecher pochen auf die Bildung von Reserven für die absehbar schlechteren Zeiten nach dem Ende der Zuckermarktordnung. Die Rübenbauern erinnern an die vielfältigen und teuren Fehlinvestitionen der Nordzucker-Manager mit diesen „Reserven“ und verweisen darauf, dass auch ihre Betriebe diese Reservenbil-

portbedingungen zusätzlich. Die durch diese Verknappung entstandenen hohen Weltmarktpreise führen wiederum dazu, dass die zuckerexportierenden Entwicklungsländer ihre Exportrechte in die EU (15 Prozent des EU-Zuckerbedarfs) nicht ausnutzen, sondern lieber auf den Weltmarkt liefern. Das führt zu einer Zucker-Verknappung in der EU, die auch durch die bessere Bezahlung von „Überrüben“ (über die Quoten hinaus) und durch Importe vom Weltmarkt kaum gemindert wird. Die obigen Ursachen dieser hohen Zuckerpreise werden wohl noch einige Jahre wirken, ehe dann vermutlich das Ende der Zuckermarktordnung und der Zuckerquoten wirksam werden – sofern man diese nicht verhindern kann. Insofern war die Protestwelle ein guter Anlass, endlich eine konzernunabhängigere Interessenvertretung der Rübenbauern gegenüber den Zuckerkonzernen zu schaffen. en

Kurzes am Rande

EU veröffentlicht Geld-Verteilung 2010

Die EU-Kommission hat neue Zahlen über die Verteilung der Direktzahlungen im EU-Haushaltsjahr 2010 veröffentlicht. Demnach erhielten in der EU(27) 81 % der Empfänger weniger als 5.000 Euro, sie erhielten aber zusammen nur 15 % der Gelder. Auf der anderen Seite erhielten 0,41 % aller Empfänger in der EU(27) mehr als 100.000 Euro – zusammen entfielen damit 16 % aller Zahlungen auf diese Gruppe. In Deutschland erhielten 48 % der Empfänger im Jahr 2010 weniger als 5.000 Euro Direktzahlungen, zusammen erhielten sie aber nur 5 % aller Zahlungen. Mehr als 100.000 Euro erhielten 1,7 % aller Empfänger, zusammen entfielen damit 29,4 % aller Zahlungen auf diese Gruppe. Die Zahlen stehen auf der Seite der EU-Kommission (in Englisch): http://ec.europa.eu/agriculture/funding/directaid/distribution_en.htm uj

QS zur Imageaufbesserung

Eine Menge Geld, 1,5 Mio. Euro verteilt auf drei Jahre, nimmt die Qualität und Sicherheit GmbH (QS) in die Hand – die EU fördert auch – um mit einer großangelegten Informationskampagne das QS-System einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Das QS-Prüfsiegel war ursprünglich entstanden, um konventionellen Fleischprodukten einen Mantel von Qualität und Sicherheit umzulegen. Einen preislichen Effekt für die Bauern und Bäuerinnen gibt es nicht, im Gegenteil, sie finanzieren das System. Die neuerliche angekündigte Informationskampagne – besonders betont werden soll der neue Internetauftritt QS live.de – spricht nicht dafür, dass QS bislang einen durchschlagenden Vermarktungseffekt vorweisen kann. Auch neu im Rahmen von QS wird auf zertifizierten Geflügelbetrieben zur „Verbesserung des Images“ der Branche ab demnächst ein Antibiotika-Monitoring installiert. Im Herbst sollen dann auch die Schweinebetriebe folgen. cs

Dioxin für die Staatsanwaltschaft

Im Zusammenhang mit dem Skandal um Dioxin in Futtermitteln Anfang 2010 ermittelt die Staatsanwaltschaft mittlerweile nicht nur gegen den niedersächsischen Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Friedrich-Otto Ripke und den früheren Pressesprecher des Hannoveraner Agrarministeriums Gert Hahne, sondern auch gegen das Bundeslandwirtschaftsministerium. Es geht um den Verdacht auf Verletzung von Dienstgeheimnissen, da beide Ministerien Pressemitteilungen, in denen der Name eines Futtermittelherstellers als Dioxinquelle genannt wurde, veröffentlichten, bevor das genannte Unternehmen polizeilich durchsucht wurde. Bei der nachfolgenden Durchsuchung wurden nicht mehr nur kein Dioxin mehr gefunden, sondern gar keine Rückstellproben aus dem fraglichen Zeitraum. Die Staatsanwaltschaft stellt damit die Frage, ob das Unternehmen gewarnt wurde und belastendes Material aus dem Verkehr gezogen hat. cs

Breitband auch fürs Land

Trotz der Versprechen der „Breitbandstrategie“ der Bundesregierung haben viele Dörfer immer noch keinen ausreichenden Internetanschluss. In Zarrentin (Mecklenburg) trafen sich deshalb Experten auf einem ersten Glasfaser-Tag und betonten die immer größere Bedeutung eines flächendeckenden schnellen Internets als Standortfaktor für Unternehmen, Arbeitsplätze und Lebensqualität. „Der Bandbreiten-Bedarf bei der Datenübertragung verdoppelt sich aktuell alle drei Jahre“, so Bernd Holter, Leiter der Koordinierungsstelle Breitband in Mecklenburg-Vorpommern. Vor der „digitalen Spaltung der Gesellschaft“ warnte Detlef Palm vom Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) Nord und forderte von den Stadt- und Gemeindewerken mehr Engagement für den Ausbau des Glasfasernetzes. Stadtwerke indes seien dezentral strukturiert sowie gut in der Fläche präsent. Gewinne kämen dem Gemeinwohl zugute. Insofern wären Kombi-Angebote von Strom, Gas, Wasser sowie schnellem Internet ideal. Eine Initiative von Windmüllern in Nordfriesland stellte Ansgar Böhm von der Breitbandgesellschaft Schleswig-Holstein (Brekum) vor. Die Betreiber von Windparks selbst finanzierten hier den Breitbandausbau für 25 000 Haushalte mit, um zugleich ein schnelles digitales Steuerungs- und Überwachungsnetz für die verstreut aufgebauten Windmühlen zu schaffen. Im Landkreis Rendsburg-Eckernförde haben sich drei Ämter mit 28 Gemeinden zu einem Breitband-Zweckverband zusammengeschlossen, sie wollen bis 2013 jeden Haushalt der Region ins schnelle Internet bringen. en

Bauer hält Hof in der Stadt

Bürger und Bauern debattieren weiter um die Zukunft der EU-Agrarpolitik

Übergroße Sonnenbrillen fletzen in Sofaecken. Kühe im Boxenlaufstall. Galao im Glas. Bunte Kartoffelsorten auf den Äckern. Hamburg am 21. Februar um 19.30 Uhr. In dem Kulturlokal „Haus 73“ zeigt Christine Weißenberg von der Agrarkoordination Fotos von den in Schleswig-Holstein gelaufenen Veranstaltungen des bundesweiten Kampagnenbausteins „Bauer hält Hof“. Sie erzählt dazu: „Auf der Hofführung in Quarnstedt macht der Bauer Jörg Hauschildt den Teilnehmern deutlich, wie wenig Raum ihm bleibt, um sich über Ökologie und Soziales auf dem Hof Gedanken zu machen. Der ökonomische Druck ist dafür zu groß. In Kropp erklärt Milchviehalter Jörn Sierck, warum er auf gentechnikfreie Fütterung setzt.

„Wir können zufrieden sein mit diesem Kampagnenbaustein“, resümiert Kampagnenleiter Jochen Fritz. „Die Dialogreihen in den Regionen laufen. Wichtig ist aber, dass ‚Bauer hält Hof‘ weitergeht. Auf dem Land und jetzt auch in den Städten. Dadurch“, so Fritz weiter, „wandert die Kampagne in die Regionen und wird dort lebendig. Dort werden gesellschaftliche Bündnisse geschmiedet oder erweitert, die auch künftig zusammen agieren können. Diese Bündnisse sind auch nicht immer selbstverständlich, sondern brauchen viel Diskussion, um die Unterschiede der Bündnispartner zu identifizieren und am Ende gemeinsame Wege beschreiten zu können.“

„Meine Landwirtschaft“ bekommt dadurch auch ein Gesicht in der Gesellschaft. Wie etwa in Hamburg durch Joachim Schoof vom

berger von der gentechnikfreien Metropolregion Hamburg: „Der Weltagrарbericht ist zu dem Schluss gekommen, die großindustrielle intensive High-tech-Landwirtschaft ist nicht zukunftsfähig, aber das bäuerliche kleinteilige Landwirtschaftsmodell.“

Bauern und Fragen

Es folgten viele Nachfragen und Anmerkungen aus dem Publikum: Warum fällt es den Bauern so schwer, gute Preise durchzusetzen? Sind die Lebensmittel so billig, weil sie durch die Agrarsubventionen künstlich verbilligt werden? Brauchen wir die Agrarsubventionen noch? Ist es ökologisch nicht sinnvoller, weniger veredelte Produkte zu verzehren? Hat die Kampagne auch die Geringverdiener im Blick, wenn sie bessere Preise fordert?

Die Diskussion war schnell im Gange und hat den größten Teil der Abendveranstaltung ausgefüllt. Vor allem wurde auch immer wieder gefragt, wie man die Kampagne unterstützen kann. Joachim Schoof dazu im Schlusswort: „Die Bewegung braucht Multiplikatoren, die über die Missstände in der Agrarpolitik berichten und die Ideen weitertragen.“ Auf einem Plakat können die Forderungen von ‚Meine Landwirtschaft‘ unterzeichnet werden, dass erhöhe den Lobbydruck in der Politik. Alle Menschen können sich vor Ort und mit ihren Möglichkeiten für die Kampagne engagieren. Informationen gibt es über einen Kampagnen-Newsletter, den jeder anfordern kann.

Der Abend zeigt, es gibt viel Diskussionsbedarf in der Bevölkerung und auch Bereitschaft für Engagement. Weiter geht's.

Berit Thomsen

Mitmachen bei „Bauer hält Hof“: Infos unter meine-landwirtschaft.de/hof-halten oder telefonisch: 030-28482437.



Viele interessierte Hamburger kamen zur Veranstaltung.

Fotos: Kleensang

Der Biolandhof in Ahrenviöl wiederum hat keinen Tierbestand und baut alte Kartoffelsorten an, um die Vielfalt auf dem Acker und Teller zu wahren.“

Bauer in die Stadt

Die rund achtzig Teilnehmer der Abendveranstaltung hatten nach dem Vortrag ein eindrückliches Bild, was hinter „Bauer hält Hof“ steckt, der bundesweit in allen Regionen auf Bauernhöfen stattfindenden Dialogreihe in der Kampagne „Meine Landwirtschaft“. Jetzt hält die Dialogreihe Einzug in die Städte. Das regionale Bündnis in Schleswig-Holstein organisiert nach den Hofveranstaltungen nun in verschiedenen Städten „Bauer hält Hof“, beginnend in Hamburg.

Bisher sind bundesweit rund fünfzig Veranstaltungen auf Höfen organisiert worden. Neue Termine stehen fest, weitere sind in der Planung. Das niedersächsische Bündnis von „Meine Landwirtschaft“ hatte bereits im Januar in Hannover den ersten städtischen Dialogabend durchgeführt. Hundert Menschen kamen dort zusammen, um über die Zukunft der Landwirtschaft zu diskutieren.

Bundesverband Deutscher Milchviehalter (BDM). Er hat sich mit den Worten vorgestellt: „Wir sind die Milcherzeuger, die 2008 gestreikt haben.“ Ein Raunen ging durch das Publikum, denn der Milchstreik ist den Meisten noch im Gedächtnis geblieben. Jetzt erzählt ein Bauer, wie es dazu kam, warum sich die Milcherzeuger immer noch politisch engagieren müssen und weshalb sie gesellschaftliche Bündnisse schmieden. Schoof: „Es gibt viele Möglichkeiten, die EU-Agrarpolitik anders auszugestalten. Wir Bauern schaffen es aber nicht allein, uns gegen die übermächtige Agrarlobby durchzusetzen.“ Dafür brauche es den gesellschaftlichen Rückenwind.

Die gesellschaftliche Breite demonstrierte u.a. Volker Kwade, Demeterbauer und zweiter Vorsitzender von Provieh. Er stellte den Zusammenhang zwischen Erzeugerpreis und Möglichkeiten bzw. Grenzen artgerechter Tierhaltung her. Aus entwicklungspolitischer Sicht erklärte Christel Kohnert von „Brot für die Welt“ in Schleswig Holstein: „Nicht das Bevölkerungswachstum ist das Problem für den Hunger, sondern die Agrarpolitiken und auch Agrarspekulationen.“ Thomas Schön-



Gegen Fracking

Aus Sorge um das Grundwasser wehren sich Bürgerinitiativen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gegen die Förderung von Erdgas durch das „Fracking-Verfahren“: Um Erdgas aus den Poren von Schiefergestein zu lösen, wird eine Mischung aus Wasser, Sand und Chemikalien in das Gestein gepresst. Die rotgrüne NRW-Landesregierung und Grüne und SPD im niedersächsischen Landtag verlangen Umweltverträglichkeitsprüfungen für diese Bohrungen. en

Kartellamt kritisch zu Fusionen

Molkereien schon jetzt stark konzentriert. Auch Lieferverträge in der Kritik

Wenn derzeit die Stichworte Kartellamt und Milch fallen, sieht die Fach- und Verbändewelt ein rotes Tuch: Das Bundeskartellamt will Milchpreisvergleiche mit aktuellen Auszahlungspreisen von Molkereien nicht länger dulden. Das, was in den 80er Jahren zuerst Milcherzeuger mit der Universität Kassel (Onno Poppinga) mühevoll gegen viele Widerstände ins Leben gerufen haben, zählt heute zu den meistgelesenen Inhalten auf den Internet-Seiten der Agrarverlage. Und das soll den Wettbewerb um die Rohmilch einschränken? Wie verrückt muss das Kartellamt sein – oder wie verrückt muss der Wettbewerb am Milchmarkt laufen, wenn das zutreffen soll? Diese Frage wird auch auf der AbL-Milchtagung Anfang März mit der Berichterstatterin des Kartellamts Eva-Maria Schulze heiß diskutiert werden (Bericht nächste Ausgabe).

In seinem Endbericht nennt das Bonner Amt aber weit mehr Gründe, warum es in Deutschland den Wettbewerb um die Rohmilch „erheblich eingeschränkt“ sieht.

Die obersten deutschen Wettbewerbshüter kündigen an, weitere Molkerei-Fusionen kritisch zu prüfen: „Insbesondere im Hinblick auf die Erfassung von Rohmilch hat der Konzentrationsgrad in Deutschland in einigen Regionen derart zugenommen, dass weitere Zusammenschlussvorhaben jedenfalls dann kritisch zu prüfen sind, wenn es zu (weiteren) Überschneidungen im jeweiligen Einzugsgebiet“ der Fusionspartner kommt, schreibt das Amt.

Nicht nur Fusionen, sondern auch Kooperationen zwischen Molkereien hat das Amt im Blick. Wenn eine solche Zusammenarbeit besonders von großen Molkereien dazu führt, dass den Milchbauern in einem Umkreis von nun 200 km nur noch ein oder wenige Abnehmer verbleiben, kann das zu einer unerlaubten Marktaufteilung führen. Sehr kritisch sieht das Amt auch Hinweise, dass kooperierende Molkereien sich untereinander dazu drängen, solche Milcherzeuger nicht aufzunehmen, die bei der jeweils anderen kooperierenden Molkerei gekündigt haben. Sollten sich solche Hinweise konkret nachweisen lassen, kann das Kartellamt Bußgeldverfahren einleiten.

Andienungspflicht und lange Verträge

Für rechtlich bedenklich halten die Bonner auch die zum Teil sehr langen Laufzeiten von Lieferverträgen bzw. die langen Kündigungsfristen, besonders in Verbindung mit der Pflicht, die gesamte im Betrieb erzeugte Milchmenge an die eine Molkerei zu liefern (volle Andienungspflicht). Dabei

hat die Erhebung des Amtes ergeben, dass sowohl die Vertragslaufzeiten als auch die Kündigungsfristen bei Genossenschaften deutlich länger sind als bei Privatmolkereien. Gleichzeitig besteht bei 100 Prozent der vom Amt befragten Genossenschaften und bei 85 Prozent der Privatmolkereien eine volle Andienungspflicht.

Ausbeutungsmisbrauch

Durch diese Vertragsgestaltungen könnten die Erzeuger zu lange an eine Molkerei gebunden und so ein wirksamer Wettbewerb der Molkereien um die Rohmilch verhindert werden. Das wollen die Wettbewerbshüter nicht einfach hinnehmen, sondern im Zuge der „nachträglichen Missbrauchsaufsicht“ nach Kartellgesetz im Einzelfall tätig werden. Im Endbericht wird die gängige Praxis sogar in Verbindung gebracht mit dem Verbot von „Ausbeutungsmisbrauch“. Bisher habe das Amt dieses Verbot nicht im Verhältnis Abnehmer zum Lieferanten (also Molkerei zum Bauern) geprüft, sondern umgekehrt. Das Blickfeld will das Amt jetzt also deutlich erweitern. Für ein Einschreiten des Amtes würde aber schon ausreichen, wenn sich die Molkerei aufgrund ihrer Marktstellung gegenüber den Bauern durch die langen Vertragslaufzeiten einen Vorteil verschaffen würde. Außerdem sieht das Amt auch kleinere und mittlere andere Molkereien durch die Praxis benachteiligt.

Dass der Raiffeisenverband die Genossenschaften vom Kartellgesetz hier gar nicht betroffen sieht, lässt das Kartellamt nicht gelten. Der Verband, von dem sich die Genossenschaften vertreten lassen, hält lange Vertragslaufzeiten nicht für missbräuchlich, weil ja die Molkereien investieren müssten und dafür eine planungssichere Milchmenge benötigten... Es gibt offensichtlich noch viel zu tun. *uj*

Kurzes am Rande

Ciolos verhandelt

Offenbar kann sich EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos nun doch vorstellen, das in der 1. Säule der EU-Agrarpolitik angelegte Greening mit Agrarumweltmaßnahmen aus der 2. Säule zu verrechnen. Dies hatten die Bauernverbandsorganisationen in Europa immer wieder gefordert. Auch der Deutsche Bauernverband will damit nicht mehr an ökologische Auflagen gebundenes Geld in der 1. Säule retten. Ciolos scheint hier dem Bauernverbandsdruck nachgeben zu wollen, betonte allerdings auch noch einmal, dass das Greening nicht freiwillig sein dürfe, damit es überhaupt europaweit zu Ökologisierungseffekten käme. Wahrscheinlich werden bestimmte Maßnahmen aus dem Agrarumweltmaßnahmenkatalog auch für die geplanten ökologischen Vorrangflächen möglich sein. Eine Absage erteilte Ciolos dem Anbau nachwachsender Rohstoffe im Rahmen des Greening. *cs*

Mehrheit will bessere Tierhaltung

Rund 90 Prozent der in einer Forsa-Studie befragten Verbraucher wünschen sich mehr Platz und Auslauf in der Nutztierhaltung. Sie wollen ein Tierschutzlabel. Grünen Agrarpolitiker und AbL-Bauer Friedrich Ostendorff fordert Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner auf, „das Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher endlich zu nutzen und die Mindeststandards in der Tierhaltung auf ein akzeptables Niveau“ anzuheben. „Wir fordern seit langem ein Tierschutzlabel, das ähnlich der Eier-Kennzeichnung Aufschluss über die Haltungsform gibt“, so Ostendorff. Genaue Verbraucherinformationen tragen dann vielleicht auch dazu bei, dass die Diskrepanz zwischen Absicht und Tat, die solche Umfragen offenbaren, kleiner wird. *cs*

Kartellbußen

In den letzten Monaten gab es erneut Geldstrafen wegen Kartellbildung: gegen den Bananenimporteur Pacific Fruit wegen Preisabsprachen mit Chiquita und gegen den Mehlkonzern VK Mühlen (Marken: Aurora, Rosenmehl, Diamant, Müllers Mühle, Gloria) als Teil eines möglichen Kartells von 40 Mühlen. Zuvor war ein Kartell der Unternehmen Kraft, Mars und Oetker bei verschiedenen Produktgruppen aufgefliegen. *en*

Kartoffelkartell?

Eine ganz große Kartoffelconnection hat das Bundeskartellamt gerade ausgebremst. Die Hans Willi Böhmer GmbH, Mönchengladbach, die Krohn Holding GmbH, Lüneburg, und die Rainer Bausch GmbH, Lich, wollen eine GmbH mit dem Namen Agronovita gründen. Gehandelt werden sollen Kartoffeln und Zwiebeln. Das Kartellamt befürchtet einen Marktanteil von über 30 Prozent und hat ein Hauptprüfungsverfahren eingeleitet. Allein die Firma Böhmer handelt bereits 400.000 Tonnen Ware. *pm*



Aus Milch wird Joghurt. Auch ohne Kartellamt.

Foto: BLE/Stephan

Netzwerk in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein beteiligen sich bereits 19 Bürgerinitiativen sowie Tierschutz-, Umwelt- und Landwirte-Verbände (darunter auch die AbL) an einem Landesnetzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, das die Arbeit des bundesweiten Netzwerks im Land untermauern soll. *pm*

Griechische Lichtblicke

Dass radikale Kürzungs- und Sparmaßnahmen das Rezept für Griechenland sein könnten, glaubt mittlerweile kaum noch jemand. Neben dem Abbau von Bürokratie und Korruption sieht der *SPIEGEL* „sechs griechische Lichtblicke“ und Chancen für Aufbauhilfen in folgenden Bereichen: Tourismus, Transporte, erneuerbare Energien, Hightech durch junge Fachkräfte, Pharma und – Nahrungsmittel. Mehr als 600.000 landwirtschaftliche Betriebe gibt es in Griechenland auf knapp 4 Millionen Hektar, davon 70 % in benachteiligten Berggebieten. 71 % der Betriebe (viele im Nebenerwerb) sind kleiner als 5 Hektar mit Schwerpunkt bei Oliven, Obst, Zitrusfrüchten, Gemüse und Wein sowie Schafen und Ziegen auf dem Grünland. Auf Ackerstandorten werden auch Getreide, Baumwolle, Tabak und Mais angebaut. Höchste Zeit eigentlich für Einschätzungen und Aktivitäten des Europäischen Bauernverbands COPA – aber COPA-Vizepräsident Sonnleitner sorgt sich hauptsächlich darum, dass der Euro für die Förderung der Agrarindustrie-Exporte erhalten bleibt und nicht durch Währungsschwankungen beeinträchtigt wird. Angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit

sind jetzt 40.000 junge Leute aus den Städten auf die familieneigenen landwirtschaftlichen Grundstücke zurück gegangen, viele davon hoch motiviert und innovativ aktiv in Biolandbau, handwerklicher Verarbeitung, Schneckenzucht oder der Gewinnung von Trüffeln. Die kleinbäuerliche Struktur der Landwirtschaft mit Herstellung traditioneller Waren könne man, so der *SPIEGEL*, gut zur Herstellung von Feinschmeckerprodukten weiter entwickeln. Auch das edle griechische Speiseöl müsse dann nicht mehr zu Billigpreisen in Italien dem dortigen Öl beige-mischt werden. *en*



v.l.n.r.: Regine Lehmeier, Gertraud Gafus, Anton Prechtel, Irene Popp, Irmgard Sonner, Sepp Schmid, Edith Lirsch, Georg Martin, Isabella Hirsch, Maria Heubuch, Elisabeth Friesenegger, nicht auf dem Bild: Andrea Eiter. Foto: Abl

Kurzes am Rande

Die Bayern lassen nicht locker

AbL-Mitgliederversammlung thematisiert Arbeitsanbindung der EU-Gelder

Am 12. Februar fand in Rottersdorf bei Landau die diesjährige Jahresmitgliederversammlung der AbL Bayern statt. Die Vorsitzende Edith Lirsch und Sepp Schmid konnten den Bundesgeschäftsführer Georg Janßen und die beiden Bundesvorsitzenden Maria Heubuch und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf begrüßen. Prof. Onno Poppinga und Dr. Karin Jürgens vom Kasseler Institut für ländliche Entwicklung referierten zum Thema „EU-Direktzahlungen gerechter gestalten“. Erörtert wurden verschiedene Modelle zur Einbindung der geleisteten Arbeit in die Verteilung der Direktzahlungen. So könnten z.B. die für die Berufsgenossenschaft ermittelten Arbeitsbedarfswerte verschiedener Betriebsarten als Grundlage dienen für eine wirkungsvolle Umverteilung der EU-Gelder, immer vor Augen das Ziel, die kleinen und mittleren

Betriebe zu stärken. Verglichen mit einem Rohdiamanten müsse dieses Modell noch optimiert werden, so Edith Lirsch. Es gehe nicht darum, die Daten der Berufsgenossenschaft eins zu eins einfach zu übernehmen. Das Modell bietet Raum für die Förderung verschiedenster Bewirtschaftungsformen, indem die Arbeit als Indikator für die Art der Bodenbewirtschaftung und Viehhaltung angesetzt werden kann, kombiniert mit der Forderung nach einer flächenabhängigen Tierhaltung. Dann könne so die Grundlage geschaffen werden für eine wirkungsvolle Umgestaltung der EU-Förderung hin zur Förderung öffentlicher Leistung, um diese Zahlungen auch in Zukunft der Gesellschaft gegenüber legitimieren zu können. Der Hintergrund ist, dass die derzeitige Art der Verteilung der Gelder ausschließlich nach Fläche sehr verzerrend wirkt, da der größte Teil der Betriebe ungleich weniger Geld bekommt und flächenstarke Betriebe die großen Profiteure sind. Diese drücken dann wiederum mit niedrigen Preisen auf den Markt. Mit diesen Preisen sollen dann die kleineren Betriebe konkurrieren – ein Ding der Unmöglichkeit.

Dem neu gewählten Landesvorstand machte die Mitgliederversammlung gleich deutlich, wie wichtig man in Bayern dieses Thema ansieht. Der Antrag, der aus der Reihe der Mitglieder gestellt wurde, das AbL-Bayern-Modell durch die Mitgliederversammlung zu legitimieren und sowohl innerverbandlich und als auch nach außen zu vertreten, wurde einstimmig angenommen.

Gertraud Gafus,
AbL Bayern

Transparency: Integrität statt Sponsoring

Die Antikorruptions-Organisation Transparency International Deutschland fordert anlässlich des Rücktritts von Bundespräsident Wulff von allen politischen Akteuren Konsequenzen in Richtung mehr Integrität. So sollen Parteispenden, Einnahmen und Vergünstigungen der Abgeordneten vollständig veröffentlicht und direkte Spenden an Abgeordnete verboten werden sowie eine Offenlegung von Interessenkonflikten erfolgen. Außerdem soll eine dreijährige Karenzzeit für Minister und Staatssekretäre gelten, wenn es einen Zusammenhang zwischen bisheriger und zukünftiger Tätigkeit gibt. Ein Sponsoring von Bundespräsidialamt, Bundes- und Landesregierungen soll es nicht mehr geben. Ein reiches Land wie Deutschland müsse sich gelegentlich Veranstaltungen und Feste wie das Sommerfest des Bundespräsidenten leisten können, ohne dass Politiker dafür als Bittsteller bei Unternehmen auftreten müssten: denn „Bettelbriefe“ seien ein Nährboden für Spezialwirtschaft“. Die langen Sponsoringlisten zum Sommerfest umfassen auch viele Süßwaren- und Getränke-Unternehmen sowie den VION-Fleischkonzern (mit ca. 25.000 Bratwürsten). Zuvor hatten sich beim Sponsoring von Wulffs Niedersächsischer Staatskanzlei 2008 auch etliche Agrar- und Ernährungsindustrielle gefällig gezeigt: der Spargel- und Schweine-Agrarindustrielle Thiermann, der Milchindustrieverband, die Nordzucker AG, Masterfood, der Gemüse-Konzern Behr, der Geflügelkonzern Stolle, die ISN-Schweinehalter- Interessengemeinschaft, Schinken-Fischer und Vion Lingen AG. Das Bundesagrarministerium konnte immerhin Sponsoring-Gaben von Bayer und KWS verzeichnen. *fm*

Positive Stimmung in Thüringen

Rege Beteiligung und spannende Beiträge

Vergangenen Samstag lud die AbL-Thüringen anlässlich ihres einjährigen Bestehens zu einem „Tag der Landwirtschaft“ nach Weimar ein. Bereits die Gründungsveranstaltung ein Jahr zuvor zählte 75 Gäste. Die positive Stimmung und der Ideen- und Gedankenaustausch, der vor einem Jahr begann, wurde am Samstag in großer Runde fortgesetzt. Neben Landwirten nahmen auch Vertreter aus Politik und interessierte Verbraucher teil, insgesamt 60 Teilnehmer. AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen und Landesverbandsvorsitzender Peter Hettlich begrüßten die Gäste und äußerten sich positiv über das Engagement in Thüringen für eine bäuerliche Landwirtschaft. Mathias v. Mirbach berichtete vom Aufbau einer solidarischen Landwirtschaft auf dem Kattendorfer Hof. Anschließend folgte ein umfang-

reicher Bericht vom AbL-Bundesvorsitzenden Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf über die Agrarpolitik aus Sicht der AbL. Bereits in den Anfängen in den 90iger Jahren wurden die Grundsteine der heutigen Entwicklung gelegt. Mit der Vielfalt im Getreide beschäftigte sich der folgende Vortrag von Jürgen Holzappel vom Hof Ulenkrug. Die Ausstellung KORN präsentierte über 100 Getreidesorten zum Anfassen. Schließlich gab es noch eine rege Diskussionsrunde, wenn auch keine Vertreter aus dem Landesministerium und dem Bauernverband trotz Zusagen erschienen waren. Ungeachtet dessen konnten viele Fragen von den Teilnehmern gestellt und beantwortet werden. Es war ein wichtiger Tag für die Entwicklung der Landwirtschaft in Thüringen.

Daniela Kersten, AbL-Thüringen

Betriebsspiegel:

30 ha Acker / Futterbau
70 ha Grünland
60 Milchkühe (57 Schwarz-bunte und 3 Rotbunte) und weibl. Nachzucht
Der Hof liegt in der holsteinischen Schweiz

BHV. Bovines Herpes Virus. Was für ein Scheiß, ehrlich.

Seit acht oder neun Jahren war meine Rindviehherde BHV-frei. Damals bekam ich eine amtstierärztliche Bescheinigung, dass mein Bestand BHV-frei sei. Seitdem musste ich zweimal im Jahr eine Tankmilchprobe abgeben, und solange die negativ war – und das war sie bis zum letzten Sommer – behielt ich meinen Status als BHV-freier Betrieb. Das bedeutete bessere Preise für Kälber und ab und zu auch mal ein verkaufte Zuchttier. Ich dachte, das könne jetzt ewig so weiter gehen. Denn ich kaufe außer Zuchtbullen keine Tiere zu, und

die Zuchtbullen kommen natürlich aus anderen BHV-freien Betrieben. Das Risiko, den Status zu verlieren, hielt ich für äußerst gering.

Dann der Schock. Die Milchprobe im letzten Sommer war positiv. Ich vermutete eine Verunreinigung und wiederholte die Probe. Wieder positiv. Also nahm ich Blutproben von all meinen Milchkühen, um die infizierten Tiere rauszufinden. Von sechzig Kühen waren mit einem Mal achtzehn BHV-positiv. Die Tiere seien akut erkrankt und hoch infektiös, meinte der Tierarzt. Tut mir leid, sie sahen aus wie immer.

Ich telefonierte mit dem Kreisveterinär. Der bedauerte es sehr, dass ich als einer der wenigen Biobauern im Kreis von dieser Krankheit betroffen sei. Ich fragte nach möglichen Infektionswegen. Ausgebrochene fremde infizierte Rinder in meinem Bestand? Nicht, dass ich wüsste. Zukauftrinder? Nur der

Zuchtbulle und der ist laut Blutprobe negativ. Und dann sagte der Kreisveterinär etwas, das mir sehr zu denken gab: „Wir wissen, dass etwa vierzig Prozent des Reh- und Damwildes BHV-positiv sind.“

Na toll, dachte ich. Dem Rehwild geht es ebenso prima wie dem Damwild und auch meinen Rindern. Angeblich ist ein Drittel meiner Kühe schwer krank, nur wissen sie nichts davon. Sie haben kein Fieber; sie geben Milch; sie sehen gut aus, haben Fleisch und werden problemlos trächtig. Aber sie sind Virus-träger. Und deshalb todgeweicht und alsbald zu eliminieren. „Wir beobachten einen Trend zum stillen Krankheitsverlauf“, sagte der Kreisveterinär. Zum unmerklichen Krankheitsverlauf, möchte ich hinzufügen. Als infizierter Betrieb darf ich eigentlich nur noch Tiere zur Schlachtung verkaufen.

„Sehen Sie zu, dass Sie da bald wieder

raus kommen“, schloss der Kreisveterinär. Also: alle Tiere impfen und die infizierten schnellstmöglich verkaufen. Nach erfolgter Beprobung hieß das erstmal Grundimmunisierung. Zwei Impfungen innerhalb von vier Wochen. Ständig werden die Tiere gepiekt. Meine ehemals norddeutsch gelassene Herde gerät inzwischen in helle Aufruhr, sobald wir zu zweit im Stall auftauchen. Ich könnte heulen, echt. Von den Kosten ganz zu schweigen.

Manchmal denke ich nun, ich impfe meine Tiere gegen eine Krankheit, die eigentlich gar keine ist. Und gegen die ich nichts machen kann, außer dass ich meine Tiere im Stall einsperre, statt sie auf die Weide zu lassen, wo sie dem Reh- und Damwild oder deren Ausscheidungen begegnen könnten. Dass auf diese Weise die Ganzjahresstallhalter bevorzugt werden, tut mir besonders weh. Das ist nichts anderes als fiese Agrarpolitik durch die Hintertür, finde ich dann.

Neulich sprach ich mit einem befreundeten Bauern über dieses Thema. Und er sagte dazu etwas, das ich nicht vergessen habe: „Manchmal glaube ich, dass es nur darum geht, die Tierärzte, Veterinärämter und Landeslabore in Arbeit zu halten. Für nix. Scheiß drauf.“ Ich konnte nicht anders, ich musste nicken.

Matthias Stührwoldt

BHV-Blues

Kurz vorm Jahreswechsel 11/12 wurde plötzlich Unruhe in die Winterzeit der Bauern getragen. Da hatte ein Großbetrieb gegen seinen Modulationsbescheid geklagt und ein Gericht in Frankfurt/Oder verwies eine endgültige Rechtsprechung nach Brüssel.

Folglich wurde eine Welle losgetreten, dass möglichst kein Bauer es versäumt, ebenfalls in den Widerspruch oder Klage zu gehen, um sich mögliche Ansprüche zu einer Rückzahlung zu sichern. Als AbL-Landesvorsitzender in NRW hab ich natürlich auch für unsere Mitglieder alles versucht, um mögliche Ansprüche des Einzelnen durch einfachste Weise, statt einer in NRW notwendigen Klage zu erreichen. Leider war das laut Kammerdirektor und Ministerium nicht möglich. Drum haben wir dann ein Schreiben für die Gerichte ‚vorgefertigt‘.

Gleichzeitig kreiste in meinem Kopf herum, dass für mich dieser Weg überhaupt nicht in Frage kommt. Als AbLer bin ich immer für die Modulation eingetreten. Sie sichert unsere dringend notwendigen Gelder in der 2.Säule. Viele von uns haben damit die Möglichkeit erhalten, ihren Betrieb auf mehrere Standbeine oder ökologischen



Mit ohne Widerspruch

Landbau umzustellen. Auch mein eigener Betrieb lebt mit Vertragsnaturschutz, im benachteiligten Gebiet liegend und dem Biolandbau mit dieser Unterstützung.

Stimme ich nun in dieses Klagelied ein, dann schützte ich nur Wasser auf die Mühlen derer, die das Bestreben einer anderen Verteilung der Agrargelder aus Brüssel verhindern wollen.

Also war meine Entscheidung ein klares NEIN zu einer Klage gegen den eigenen Bescheid, der auch die 9 Prozent Modulationskürzung für einen

Teil der Gelder auswies.

Für mich ist gerade dieser Fall zu einem Paradebeispiel geworden, wie sich oft das eigene Feld und das Umfeld unterscheiden.

Insgesamt ist die Klagewelle auch viel kleiner ausgefallen, wie sich die Heißmacher das wohl erhofft hatten, denn nur etwa ein Drittel der betroffenen Betriebe hat in NRW geklagt.

Für meinen Teil hab ich ein gutes Gefühl, mich so entschieden zu haben.

Bernd Schmitz

Betriebsspiegel:

43 Kühe mit eigener Nachzucht
70 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche
10 ha Vertragsnaturschutz
der Betrieb liegt im nördlichen Westerwald

Für einen gentechnikfreien Vogelsberg

Die Zivilcourage Vogelsberg feiert ihr fünfjähriges Bestehen



Peter Hamel: Treibende Kraft im Vogelsberg Foto: Jasper

Der Vogelsberg ist keine Vorzeigackerbauregion. Er ist geprägt von viehhaltenden Betrieben. Innerhalb der vergangenen fünf Jahre wurden hier, im Nordwesten der Wetterau, über 25.000 ha gentechnikfrei erklärt. Eine deutlich Aussage. Schnell wird klar, dass es sich hierbei um mehr als nur um die Unterschrift auf einer Selbstverpflichtungserklärung handelt. Im Vogelsberg ist ein stabiles Netzwerk entstanden. Ganz entscheidend mit gesponnen von Peter Hamel, der einen konventionellen Milchviehbetrieb in Stordorf bewirtschaftet und an die Faire Milch liefert. Wie er haben sich ein gutes Drittel der gentechnikfrei wirtschaftenden Betriebe dazu verpflichtet, neben der Aussaat gentechnisch veränderten Saatguts auch auf die Verwendung gentechnisch veränderter Futtermittel zu verzichten. Ihren

Einkauf organisieren die Betriebe über eine im Kerngebiet, dem Vogelsbergkreis, 126 Mitglieder umfassende Einkaufsgemeinschaft. Jährlich werden 6.000 t Kraftfutter abgenommen. Weitere 111 Betriebe kommen aus den Nachbargebieten, Fulda, Marburg-Biedenkopf und Schwalm-Eder, hinzu. Insgesamt werden so jährlich über 10.000 t abgenommen.

Die Politik einbinden

Mittelfristig arbeitet die Initiative an der Region gentechnikfreier Vogelsberg. Bisher sind bereits 18 Dörfer und Städte sowie 46 Initiativen Mitglied bei der Zivilcourage Vogelsberg. Zukünftig, so das Anliegen von Peter Hamel, sollen es noch viele mehr werden. Derzeit ist er vor allem mit den Gemeinden in Verhandlungen. Zukünftig, so sein Bestreben, sollen die Gemeinden ihr Land nur noch unter der Auflage verpachten, dass keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden dürfen. Vorausschauend wäre es, vor dem Hintergrund des horizontalen Gen-

transfers auch wünschenswert, wenn in den Pachtverträgen untersagt würde, organische Dünger von Tieren auszubringen, die gentechnisch veränderte Futtermittel gefressen haben. Der Kreistag steht der Initiative positiv gegenüber. Derzeit überlegt man, wie eine engere Zusammenarbeit gestaltet werden kann. Die vielen Infoveranstaltungen, auch mit Referenten aus Amerika, haben viele Bauern zum Umstellen bewogen. Die Initiative dokumentiert die Veränderungen in der Tiergesundheit in Folge der Umstellung auf gentechnikfreies Sojaschrot. Auch wenn es in den letzten Wochen den Anschein machte, dass sich Gentechnikunternehmen, wie die BASF, aus Europa zurückziehen, ist sich Peter Hamel sicher: „Die Gentechnikindustrie setzt weiter auf ihre Verschmutzungsstrategie. Die Biobetriebe allein können die Gentechnik nicht aufhalten. Nur ein breites Bündnis aus bäuerlichen Betrieben kann es schaffen, auch für die Zukunft einen gentechnikfreien Vogelsberg zu garantieren.“ *mn*

Lindemann definiert

In einem Interview mit dem *Hamburger Abendblatt* hat Niedersachsens Landwirtschaftsminister Gert Lindemann (CDU) sich vom Begriff Massentierhaltung distanziert, dann auf Nachfrage doch eine Definition gegeben: „Das ist aus unserer Sicht eine Tierhaltung, die eine Größe erreicht hat, bei der es für den einzelnen Betriebsinhaber nicht mehr möglich ist, seine Tiere unter einer guten Aufsicht und Kontrolle zu halten.“ Noch seien in Niedersachsen die Betriebe zu 90 Prozent bäuerlich. Das Problem, dass außerlandwirtschaftliche Investoren zunehmend über die Betriebe bestimmen, komme aber auf leisen Sohlen. Lindemann: „Es fängt damit an, dass der Bauer seine Kühen und sein Futter von einem großen Unternehmen bekommt und dann quasi in Lohnmast arbeitet. Das ist dann nicht mehr die klassische Form bäuerlicher Betriebsführung, die wir in Niedersachsen erhalten wollen.“ *uj*

Die Bauern sind sauer

Abl-Bayern informiert über die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft

Die Abl-Regionalgruppe Chiemgau Inn Salzach organisierte zusammen mit dem BDM eine Veranstaltungsreihe mit dem Thema: „Der neue Beitragsmaßstab der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und ihre Folgen für die kleinen und mittleren Betriebe in der Region.“ Die Referentin Theresia Hinterberger von der LSV Franken/Oberbayern machte den anwesenden Bauern und Bäuerinnen klar, wie sich die neuen Beiträge zusammensetzen und wohin die Entwicklung in den nächsten Jahren gehen wird. Das Unfallrisiko, das laut Auftrag des Gesetzgebers stärker als bisher berücksichtigt werden muss, hängt danach von der Arbeitszeit ab, die man für die Erledigung der anfallenden Tätigkeiten braucht. Der neue Beitragsmaßstab berücksichtigt den durchschnittlichen Arbeitsaufwand eines Betriebs – nicht für jeden Betrieb individuell, sondern auf der Basis von für Bayern gültigen Normarbeitszeiten. Die Berechnungseinheiten je Hektar Fläche oder Stück Vieh (BER) hat als wissenschaftlich begleitender Gutachter Professor Dr. Enno Bahrs vom Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre an der Universität Hohenheim ermittelt. Die notwendigen Daten werden den LSV-Träger von der Landwirtschaftsverwaltung aus dem Mehrfachantrag, den jeder Bauer für die Beantragung der EU-Direktzahlungen ausfüllt, übermittelt.

Da aber zum Beispiel die Bewirtschaftung einer doppelt so großen Fläche nicht einem doppelt so großen Arbeitsaufwand ent-

spricht und andererseits mit zunehmender Flächengröße auch größere Maschinen zum Einsatz kommen können, wird ein Faktor benötigt, der diese Schieflage korrigiert: Das ist der Degressionsfaktor. So wird sichergestellt, dass mit zunehmender Betriebsgröße die Arbeitszeit und damit der Beitrag, umgelegt auf einen Hektar oder ein Tier, abnimmt.

Solidarität gerecht?

Um zum Arbeitsbedarf zu kommen, wird dieser Wert dann mit einem Risikogruppenfaktor multipliziert. Damit soll sichergestellt werden, dass jede Risikogruppe möglichst ihr anfallendes Unfallaufkommen selbst abdeckt, wobei das Solidarprinzip nur innerhalb einer jeden Risikogruppe gewahrt bleibt. Ab 2013 soll ein einheitlicher Beitragsmaßstab für ganz Deutschland angewendet werden, was dazu führen wird, dass die Bauernhöfe in Bayern mit sehr hohen Beitragssteigerungen zu rechnen haben. Mit Hilfe der Degression können die Beiträge der LPG- Nachfolgeorganisationen, die allesamt sehr hohe Hektar- und Tierzahlen haben, auf ca. ein Viertel von dem gesenkt werden, was bayerische Bauern pro Hektar und Tier zu zahlen haben. In Bayern und Baden-Württemberg wirtschaften zusammen 50 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland. Hier überwiegen dementsprechend die kleineren und mittleren Bauernhöfe.

Konnten die Bauern auf den Veranstal-

tungen noch nachvollziehen, dass tierhaltende Betriebe ein höheres Unfallrisiko haben als reine Ackerbaubetriebe, hört bei der Degression der Spaß auf. Keiner der anwesenden Landwirte mit teils über 40-jähriger Berufserfahrung konnte sich der Logik anschließen, dass in einem Betrieb mit 20 Kühen ein bis zu 7-fach höheres Risiko pro Kuh herrschen sollte als in einem Betrieb mit 250 Kühen. Die Milchbauern der Region kennen ihre Tiere, wissen um die Eigenheiten einer jeden Kuh und gehen dementsprechend an ihre Tiere heran. Sepp Hubert, Kreisvorsitzender des BDM Traunstein, der 100 Milchkühe in seinem Stall stehen hat, sagt aus eigener Erfahrung: „Wenn meine Frau alleine mit der Stallarbeit und dem Melken beginnen muss, hab ich kein gutes Gefühl.“ Ganz anders sehe es da im Nachbarbetrieb mit 20 Kühen aus.

Nicht nachvollziehbar

Auch die Statistik spricht gegen die oben genannte Logik. Zwar werden die Betriebe im Durchschnitt immer größer, aber die Unfallzahlen gehen nicht zurück. Frau Hinterberger versuchte vergeblich, den Bauern klar zu machen, dass es sich bei diesem Modell um angewandte Solidarität handelt. So bleibt die Verärgerung darüber, dass wieder die kleinen Betriebe überdurchschnittlich belastet werden.

Gertraud Gafus und
Andreas Remmelberger, Abl-Bayern

Bäuerliches Biogas unter Druck

Die Wirkung des EEG 2012 auf die Anlagenszene

Das bei der 180-Grad-Wende der Schwarz-Gelben Bundesregierung in Sachen Energiepolitik nicht alles gut läuft, war bei dem Tempo wohl zu erwarten. Aber das, was in Sachen Biogas beschlossen worden ist, bedeutet wohl einen Baustop für die klassischen bäuerlichen Biogasanlagen im Bereich zwischen 100 und 500 Kilowatt elektrische Leistung (KW el.). Es ist sicherlich als Erfolg zu werten, dass zumindest die kleine Biogasanlage mit einer maximalen Größe von 75 KW el. eine Vergütung von pauschal 25 Cent bekommt. Da sie aber mit 80 Masseprozenten Gülle bzw. Mist betrieben werden muss, setzt das schon einen hohen Viehbestand von mindestens 200 GV voraus. Und Anlagen mit einer Leistung von weit unter 75 KW el. werden sich wohl wegen der hohen Auflagen für Sicherheit, die heute an die Biogasbranche gestellt werden, nicht rechnen, weil sie dann pro KW einfach zu teuer werden.

Wärmenutzung schwierig

Auch die sehr wünschenswerte Nutzung der Abwärme ist nicht so gelöst, dass sie praktikabel ist und wirklich zu CO₂-Einsparungen führt. Das EEG 2012 sieht nämlich vor, dass die Grundvergütung nur gezahlt wird, wenn 60 Prozent der Abwärme genutzt werden. Einen zusätzlichen Wärmebonus gibt es aber nicht mehr. Die meisten kleineren Biogasanlagen stehen in Hofnähe, in Dörfern. Potenzielle Wärmekunden sind hier vorwiegend Haushalte, die zwischen 20.000 und 30.000 Kilowattstunden Wärme im Jahr verbrauchen. Um diese Kunden zu erschließen, muss ein langes Wärmenetz gebaut werden, und für dessen Auslastung müssen min 75 Prozent der Haushalte an die Trasse angeschlossen werden. Bislang hatte man durch den Kraft-Wärme-Kopplungs-Bonus finanziellen Spielraum, um den Kunden ein günstigeres Angebot zu machen statt der Alternative, weiterhin mit Öl oder Gas zu heizen. Diesen Spielraum hat man in Zukunft nicht mehr und dann werden nur Wenige ein Interesse an einem solchen Anschluss haben. Durch die verpflichtende Abwärmenutzung als Voraussetzung für die Einspeisevergütung ist der Anlagenbetreiber in gewisser Weise von seinen Kunden erpressbar. Bleibt auch die Frage, wie die Banken als Geldgeber mit diesem Unsicherheitsfaktor umgehen. Den Landwirten bleiben dann höchstens noch ökologisch sehr fragwürdige Wärmenutzungsmöglichkeiten wie die

Gärresttrocknung oder Holz Trocknungen.

Größere besser gestellt

Bislang wurden kleinere Anlagen besser vergütet als größere Anlagen. Eine sehr magische Grenze waren hier immer die 150 KW und die 500 KW el.-Anlagen, über deren Größe hinaus einige Boni stark reduziert oder gar nicht mehr gezahlt wurden. Das führte dazu, dass die meisten Anlagen nicht größer als 500 KW el. gebaut wurden. Diese Vergütungsstufe war an die Obergrenze der landwirtschaftlichen Privilegierung zum Bau von Biogasanlagen im Außenbereich angepasst. Diese degressive Staffelung ist nun stark abgemildert. Größere Anlagen haben jetzt einen Kostenvorteil und sind bei den ohnehin sehr knapp bemessenen Einspeisevergütungen klar im Vorteil gegenüber kleineren Anlagen. Ob der Maisdeckel, der vorschreibt, dass nur maximal 60 Masseprozent Mais eingesetzt werden dürfen, dazu führt, dass viel Innovation im Energiepflanzenbereich geschieht, oder ob die anderen 40 Masseprozent mit Gülle und Zuckerrüben beschickt werden, bleibt abzuwarten. Immerhin gibt es für einen Teil der „neuen Substrate“ statt 6 Cent NAWARO-Bonus 8 Cent. Alles in allem wird die bäuerliche Biogasanlage es jedoch bei den momentan sehr hohen Investitionskosten und den abgesenkten Vergütungen schwer haben, wirtschaftlich betrieben werden zu können.

Martin Schulz, Biogas- und Schweinebauer und AbL-Landesvorsitzender in Niedersachsen



Martin Schulz ist selbst Betreiber einer Biogasanlage im Wendland. Foto: Archiv

Kurzes am Rande

Tönnies hat Stress

Der Fleisch-Konzern im Nordrhein-Westfälischen Rheda-Wiedenbrück will an seinem Schlachthof in Gütersloh die Schlachtkapazität von 50 auf 120 Tonnen am Tag – das wären etwa 240 Rinder – erhöhen. Die Anwohner fürchten erhöhte Geruchsbelästigungen und eine Zunahme des Verkehrs. Die Stadt Gütersloh hält die Produktionssteigerung schon nach dem geltenden Bebauungsplan für nicht zulässig. Sie will weiteres Wachstum verhindern und lässt sich auch von Schadenersatzforderungen nicht beeindrucken. Auch von anderer Seite kriegt der Chef des größten Fleischkonzerns in Deutschland, Clemens Tönnies, Stress. Sein Neffe will einen 5-Prozent-Anteil an dem Imperium mit 7.500 Mitarbeitern und 4,3 Mrd. Euro Umsatz im Jahr zurück, den er seinem Onkel 2008 mal geschenkt hatte. Damals rangierte er unter den Anteilseignern unter ferner liefen, heute gehört ihm durch eine Anteilsübertragung seines Bruders fast soviel am Konzern wie Onkel Clemens. Gäbe der ihm die 5 Prozent zurück, hätten beide gleich viel und die alleinige Machtstellung des Schalke 04-Aufsichtsratschefs wäre gebrochen. cs

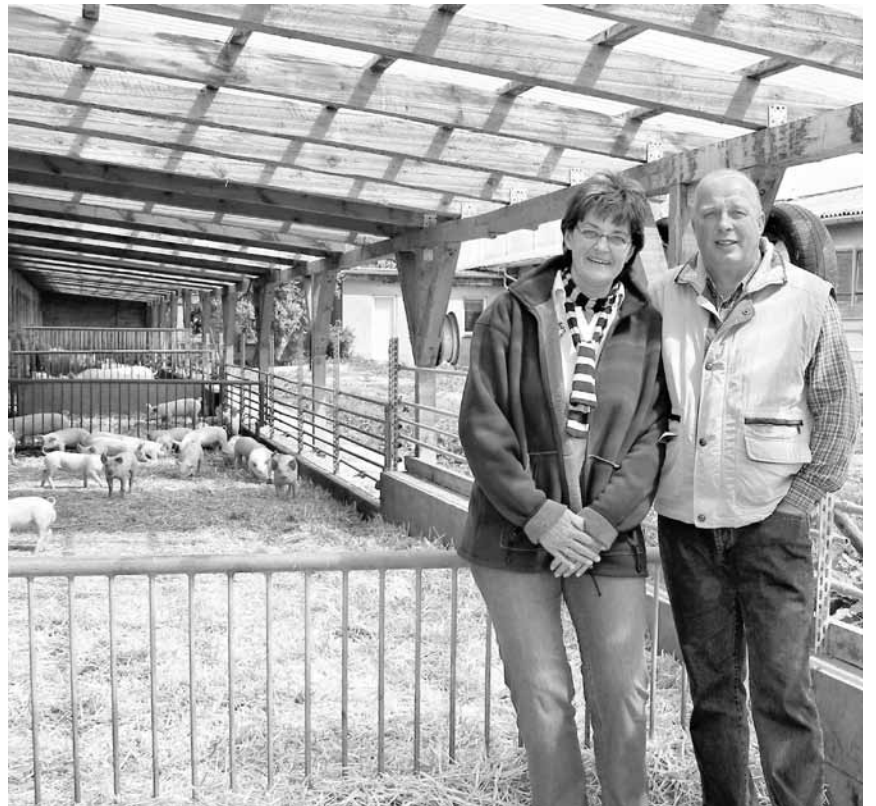
Uran-Problem im Phosphor-Dünger

Die ARD-Sendung „Gefährliches Trinkwasser“ hat das Thema des Urans in Phosphat-Düngemitteln, in Böden und im Trinkwasser thematisiert. Bis vor kurzem seien bundesweit jährlich etwa 10.000 Tonnen Uran über Rohphosphate in die Böden gelangt, wovon sich die Hälfte in Richtung Grund- und Trinkwasser bewege. Ein Viertel der norddeutschen Brunnen sei möglicherweise bereits uran-überbelastet. Der Kieler Toxikologe Hermann Kruse warnte insbesondere vor Nierenschäden bei Kindern, die Uran leichter aufnehmen als Erwachsene. Vor allem in Ackerbau-Intensivregionen haben Phosphat-Dünger zu höheren Uran-Gehalten in Böden und Oberflächen-Gewässern geführt, ohne dass die Landwirte durch eine Deklarationspflicht der Düngemittel-Hersteller oder durch Grenzwerte über dieses Problem informiert wurden. Der Industrieverband Agrar (IVA) hält die Spuren von Uran in Dünger und Böden aber für unproblematisch, ebenso das wenig gesprächsbereite Bundesagrarministerium und auch Bauernverbands-Sprecher Born. Dessen Behauptung, laut Umweltbundesamt (UBA) seien die Uran-Gehalte im Rohphosphat „für Mensch und Tier unbedenklich“, wird vom UBA sehr deutlich widersprochen – verknüpft mit der Forderung nach Höchstwerten im Dünger und im Boden, nach einer Deklaration und nach einer technischen Entfernung des Urans aus dem Rohphosphat. Letzteres ist laut ARD-Sendung offenbar gut möglich, wie die Gewinnung von Atombomben-Uran aus dem Rohphosphat in Marokko beweise. Der ARD-Beitrag verweist auf die schwindenden Phosphat-Reserven, die in 50 Jahren zur Neige gehen würden und fordert eine Rückgewinnung des Phosphats aus den Ernteprodukten, vor allem durch eine landwirtschaftliche Kreislaufwirtschaft. en

Landgrabbing in Rumänien

Etwas 800.000 Hektar, das sind 9 % der Agrarfläche, sind in Rumänien bereits im Eigentum ausländischer Investoren, allein 2010 wurden 450.000 ha gekauft. Die Fläche entfällt laut *agra europe* zu 24% auf Italiener, 15,5% auf Deutsche und 10% auf Bürger arabischer Staaten. Die Preise bewegen sich zwischen 1.000 und 5.000 Euro. „Fruchtbares Ackerland“ sei in Rumänien noch für 2.000 Euro zu haben, es sei damit halb so teuer wie in Polen, Tschechien und der Slowakei und wesentlich billiger als in Serbien (7.-8.000 Euro) oder der Ukraine (6.-7.000 Euro). Arrondiertes Land ab 150 ha ist begehrt, weil nach dem Ende des Kommunismus die vorherigen Eigentümer maximal 10 ha zurückbekamen (ehemalige Mitarbeiter der Produktionsgenossenschaften 0,5 ha). Immobilien-Dienstleister bündeln diese Flächen zum Verkauf. In Banat, Walachei und der Moldau-Region gibt es aber laut *top agrar* bereits Großbetriebe mit Tausenden oder Zehntausenden von Hektaren. 5.800 Betriebe mit mehr als 250 ha bewirtschaften mit 4,1 Mio. ha bereits 40% der Fläche. 24.000 mittelgroße Betriebe (20-100 ha) bewirtschaften bisher lediglich 1 Mio ha. Daneben dominieren Kleinbetriebe unter 10 ha mit geringer Intensität auf 3,2 Mio. ha, deren Entwicklung durch fehlendes Eigen- und Fremdkapital behindert wird. In der Tierhaltung gibt es neben Kleinbeständen auch den US-Multi Smithfield mit eigenen Produktionsbetrieben und Lohnmastverträgen, der bereits ein Viertel aller klassifizierten Schweine schlachtet. pm

Die Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere ist – wieder einmal – in der Kritik. Antibiotika, Keime Haltungsbedingungen die Verbraucher und Verbraucherinnen entrüsten. Und Dimensionen von Stallgrößen, die Niemandem zu vermitteln sind. Wie geht es weiter? Ein Ansatzpunkt um Massentierhaltung zu begrenzen oder gar zu verhindern kann eine Änderung des Bundesbaugesetzes sein. Eine Lösung in der Antibiotika-Frage ist eine artgerechte Tierhaltung. Und die Möglichkeiten politischer Veränderungen ergeben sich durch den Druck gesellschaftlicher Netzwerke.



Schwarzbau am Baugesetz

Beteiligte Ministerien mit unterschiedlichen Vorstellungen – Privilegierung steht in Frage

Der Druck ist groß, unter dem die Politik steht, wenn es um das Thema Massentierhaltung geht. Dies deutliche Signal lässt sich lesen in den jüngsten Entwicklungen rund um die Novelle des Bundesbaugesetzes. Zahllose Bürgerinitiativen gegen Megaställe in Allianzen mit Kommunalpolitikern vor Ort und Antibiotika- und Keimskandale, die als Auswuchs der agrarindustriellen Tierhaltung wahrgenommen werden, lassen sich in Berlin nicht mehr aussitzen oder ignorieren. Schon vor Weihnachten und vor der Grünen Woche, auf deren Pressekonferenzen das Thema Tierhaltung alles andere dominierte, hatte das Bundesbauministerium einen Referentenentwurf vorgelegt, in dem es eine wesentliche Änderung zum landwirtschaftlichen Bauen gab. In jenem § 35, der die Privilegierung bestimmter Bauvorhaben festschreibt, wurde nun ein Unterschied gemacht zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Bauten. Ställe, die gewerblich – das heißt, deren zukünftige Betreiber nicht nachweisen können, genug Fläche für 50 Prozent der Futtergrundlage zu haben – und die gleichzeitig so groß sind, dass der zukünftige Betreiber zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) verpflichtet ist, sollten von der Privilegierung ausgenommen werden. Das bedeutet wiederum, dass auf Stallbauvorhaben für beispielsweise 85.000

Masthähnchen und 3.000 Schweine die Kommunen zukünftig wesentlich stärker Einfluss über den Bebauungsplan nehmen könnten. Gleichzeitig bedeutet es aber auch, dass zu befürchten wäre, dass Bauherren einfach in der Größen dimension ein paar Tierplätze unter den UVP-Anforderungen bleiben, damit trotzdem noch einen Riesenstall, dann aber wieder privilegiert bauen. Mehr als ein Signal wäre so ein Gesetz nicht, so lautete ziemlich einhellig der Tenor des Bündnisses Bauernhöfe statt Agrarfabriken, dem auch die AbL angehört, der Umweltverbände und der Grünen.

Unterschiedliches Schwarz

Trotzdem maulte der Bauernverband – es sei doch kurios, dass Ställe, die nach dem Umweltrecht genehmigungsfähig, nach dem Baurecht künftig ablehnbar seien. Und auch der als Agrarindustriefreund geltende agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Franz-Josef Holzenkämpfer zeigte sich „überrascht“, dass jener einstige Entwurf nun als Gesetzesvorlage erneut das Licht der Öffentlichkeit erblickte. So schnell hatte nicht nur Holzenkämpfer nicht damit gerechnet, die Thematik erneut und so konkret auf den Tisch zu bekommen. Offenbar waren sich CSU-Bauminister Alois Ramsauer und CSU-Agrarministerin Ilse Aigner einig geworden, den CDU-Umweltminister

Norbert Röttgen hatten die Beiden aber wohl außen vor gelassen. Jedenfalls legt das ein internes Papier aus dem Bundesumweltministerium (BMU) nahe, das nun nach der Veröffentlichung des im offiziellen Sprachgebrauch doch mit allen beteiligten Ressorts abgestimmten Gesetzentwurfes die Runde macht. Es liest sich, als hätten die Fürsprecher einer bäuerlichen Landwirtschaft Röttgen die Feder geführt oder als habe er einen plötzlichen Farbwechsel vollzogen. Jedenfalls ist es deutlich schärfer als der Gesetzentwurf und enthält als eine mögliche Variante die Forderung des Netzwerkes Bauernhöfe statt Agrarfabriken, die Privilegierung für alle Anlagen oberhalb der Grenzen, die im Bundesimmissionschutzgesetz (BImSch) festgelegt sind (30.000 Masthähnchen, 1.500 Schweine), wegfällen zu lassen. Zur Frage der Gewerblichkeit oder Nichtgewerblichkeit von landwirtschaftlichen Stallbauten möchte das BMU nicht nur die theoretische Möglichkeit der Erzeugung von mindestens 50 Prozent der Futtergrundlage auf der vorhandenen Fläche, sondern deren reale Umsetzung in die Tat. Eine Forderung, so ein Mitarbeiter der Grünen im Bundestag, die sich nicht mal mehr die Grünen trauen, in Papiere zu schreiben.

Bäuerliche Interessen

Ob das schwarze Papier aus dem Um-

weltressort etwas am schwarzen Gesetzentwurf ändert, ist allerdings fraglich, entscheidender wird sein, wie sich der Bundesrat positioniert. Die grün regierten Länder haben sich bereits auf eine gemeinsame Position geeinigt, die auch die BImSch-Linie des Netzwerkes Bauernhöfe statt Agrarfabriken fährt. Und auch die Verbändeanhörung bietet eine Möglichkeit der erneuten öffentlichen Aufmerksamkeit. Hier geht es darum, aus Sicht der AbL deutlich zu machen, dass es im Interesse einer bäuerlichen Landwirtschaft ist, die Handlungsmöglichkeiten und die Planungssicherheit der Kommunen zu erhöhen. Gleichzeitig muss ein dies anstrebendes Gesetz realistische Rahmenbedingungen setzen, die auch eine entsprechende Wirkung entfalten können. Es ist der Druck der Straße, der die Privilegien der Agrarindustrie gegen ihre Lobbyisten ins Wanken bringt. Den müssen eher die fürchten, die nur vermeintlich die Interessen der Bauern und Bäuerinnen vertreten. Denn damit zu argumentieren ist scheinheilig, wenn es darum geht, ob ein Stall für 30.000 Hähnchen von den Kommunen klaglos durchgewunken werden oder mindestens mit entsprechenden Auflagen versehen, wie es sich für so einen Industriebetrieb gehört, in ein Gewerbegebiet ziehen muss.

Gesunde Tiere dank frischer Luft, Auslauf und Stroh

Artgerechte Tierhaltung spricht für sich selbst

Antibiotika sind bei uns kein Thema“, sagt Neuland-Bauer Martin Steinmann so dahin. Was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, wirkt vor dem Hintergrund der vergangenen Wochen fast wie eine Provokation. Steinmann hat 350 Mast Schweineplätze und 1.500 Legehennen und wird von so manchem ganz konventionellen Berufskollegen vielleicht auch als Romantiker abgetan. Aber dafür muss er nicht in immer kürzeren Zeitabständen hektische Erklärungen abgeben, wie die Vertreter des Bauernverbandes. „Die Haltungsbedingungen in unseren modernen Ställen sind im Hinblick auf Hygiene und Tierschutz immer besser geworden“, sagt Schleswig-Holsteins Verbandspräsident Werner Schwarz, „Wir tun, was wir können.“ Offensichtlich nicht genug angesichts der Eröffnungen des Magazins *Stern*, dass jede vierte Schweinefleischprobe mit krankheitserregenden Keimen belastet ist. Da hilft auch nicht, dass Statistiker nachweisen konnten, dass nicht fast jedes (90 Prozent), sondern „nur“ fast jedes Masthähnchen (70 Prozent) in NRW mit Antibiotika behandelt wird. Auffällige Betriebe sollen nun noch genauer kontrolliert werden, geht es nach Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner. Tierärzte

und Wissenschaftler auf dem Kongress „Hohe Tiergesundheit bei minimalem Antibiotikaeinsatz“ an der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover (TiHo) waren sich einig, dass „bei der angestrebten Reduzierung des Antibiotikaverbrauchs in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung nur Konzepte erfolgversprechend sein können, die verbesserte Haltungsbedingungen zum Ziel haben, wozu unter anderem eine gute Impfprophylaxe, eine verbesserte Hygiene, ein gutes Betriebsmanagement oder die Anpassung der klimatischen Verhältnisse im Stall gehören.“

Knöpfe drücken

„Frische Luft, der Wechsel von drinnen und draußen, Stroh, mehr Platz“, sagt Martin Steinmann schon immer und das klingt so einfach gegenüber der Wissenschaft. Dabei sagt er auch, dass das Gelingen einer artgerechten Haltung wie bei Neuland stärker als in der konventionellen Tierhaltung vom Auge des Betriebsleiters abhängt. Konventionelle Tierhaltung habe etwas vom Baukasten, vieles ist vorgegeben, das Stallbausystem, die Futtermischung „ein paar Knöpfe drücken und das läuft“. Oder eben auch nicht, dann muss korrigiert werden, erst mit Medikamenten, wenn das gesellschaftlich

nicht mehr tragbar ist, mit der Suche nach Neuem. „Die Großen bewegen sich alle“, sagt AbLer und Grünen-Agrarpolitiker Friedrich Ostendorff, „müssen sie ja, so wie Wiesenhof mit seinem Mastgeflügel-Privathof: etwas mehr Platz, langsamer wachsend, Wintergartenauslauf.“ In der Vergangenheit fanden solche etwas besseren Standards allerdings nur wenig Käufer. Der gemeine Verbraucher ist eben doch zu misstrauisch

oder geizig oder beides? Neuland konnte sich vielleicht deshalb etablieren, weil es noch strenger auf artgerechte Tierhaltung setzt und das mit bäuerlicher Landwirtschaft verbindet. Hier wird sie gelebt, nicht nur davon geredet, wie der Bauernverband es gerne tut: DBV-Präsident Gerd Sonnleitner unterstrich jüngst, dass „wir ganz im Gegensatz zu den ständigen Vorwürfen keine industrialisierte Massentierhaltung haben“. cs

Antibiotika im Korn

Neueste, noch nicht abschließend verifizierte Ergebnisse des Max-Rubner-Instituts zeigen, dass eine Antibiotikabelastung im Getreide durch Antibiotikarückstände aus der Gülle verursacht werden kann. Dabei wurden nicht immer die im Stall eingesetzten Wirkstoffe gefunden, sondern auch deren Abbauprodukte, die selbst aber zum Teil ebenfalls antibiotische Wirkung haben.

Das Max-Rubner-Institut führt jährlich unter anderem bundesweite Qualitätsuntersuchungen beim Getreide durch. Für die Untersuchung auf Antibiotikarückstände wurden Getreideproben aus Intensivtierhaltungsregionen untersucht. Zum jetzigen Stand der Forschung sind noch keine Aussagen über die gesundheitlichen Auswirkungen sowie über die Menge in Abhängigkeit von der mit der Gülle ausgebrachten Antibiotikamenge möglich. Weitere Forschung soll bis zum Herbst eindeutige Ergebnisse und Zuordnungen möglich machen. mn

Rosa Kreuze setzen Zeichen

Die Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltungsanlagen bekennen Farbe

Ein bisschen geklaut ist die Idee schon, aber warum soll man nicht eine gute Aktion für die eigenen Zwecke übernehmen? Das sagten sich offenbar Mitglieder der immer weiter wachsenden Bürgerinitiativen im Netzwerk: „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, die sich vor allem in Mecklenburg-Vorpommern einer neuen alten Symbolik bedienen. Wie im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg gelbe Kreuze in fast jedem Vorgarten,

an fast jedem Scheunentor von dem breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen die Atomindustrie künden, so werden rosa Kreuze gerade zum Zeichen der Bauern und Bürger gegen die Massentierhaltung. Besonders rund um Alt Tellin im Mecklenburger Tollense-tal, wo der Widerstand gegen eine geplante 10.000er Sauenanlage quer durch alle Bevölkerungsschichten geht, gibt es schon einige Kreuze zu sehen. Alteingesessene Alt Telliner wollen da-

rauf aufmerksam machen, dass es eben nicht nur die zugezogenen ökosinnigen Vegetarier sind, die sich hier engagieren. Und die Aktion breitet sich aus, ganz modern über Facebook wird die Idee vervielfältigt. Wer ein rosa Kreuz aufstellt, postet hinterher das Foto, so funktionieren moderne

Bürgerbewegungen. Damit arbeitet auch die Organisation Campact, wenn sie Online-Proteste für ein baurechtliches Verbot von Megaställen initiiert. Prompt sah sich das Bundeslandwirtschaftsministerium genötigt, mit einem Schreiben zu reagieren und klarzustellen, dass man sehr wohl die Handhabe der Gemeinden vor Ort verbessern wolle. Kurz danach lag der Gesetzesentwurf zur Baurechtsnovelle auf dem Tisch.

Das virtuelle Netz macht an vielen Stellen das reale Netz erst sichtbar und schneller handlungsfähig. Ein wichtiger Aspekt im Widerstand gegen Agrarfabriken, das geht auch aus einem Leitfaden des BUND zu rechtlichen Handlungsmöglichkeiten gegen Megaställe hervor. Zwar sind die Gegebenheiten



Fotos: Bl. Alt Tellin

vor Ort immer wieder individuell unterschiedlich, bestimmte Dinge sind aber auch allgemeingültig. Ein Aspekt, den der Rechtsanwalt Peter Kremer herausstellt, ist das schnelle qualifizierte Einschreiten, wenn Pläne vor Ort bekannt werden. Auch hierbei ist die Arbeit eines Netzwerkes – virtuell und real – entscheidend. cs

Innovationen auf der Biofach

Endlich gibt es auch Capri Sonne als Bioversion. Bioschorly heißt die neue Erfindung des weltweit führenden privaten Herstellers von natürlichen Inhaltsstoffen für die Nahrungs- und Getränkeindustrie. Nicht nur für den schwäbischen Kochtopf sind die Spätzle aus dem Schlauch. Nach dem Abziehen einer Schutzfolie, die kleine Löcher freigibt, muss man den fertigen Teig nur noch durch selbige ins kochende Wasser drücken. Für den pazifistischen Stadtguerillero gab es den Samenbombenbausatz bestehend aus Lehm, Erde und Wildblumensamen. Zu Hause am Küchentisch zusammen kneten, trocknen lassen und auf dem nächsten Streifzug an geeigneter Stelle abwerfen. *mn*

Biofarmers

Alles aus einer Hand haben sich die Brüder Hofreiter gedacht. Siegfried Hofreiter bewirtschaftet mit der KTG Agrar AG 35.000 ha. Rund 16.000 ha werden ökologisch bewirtschaftet und mit Weizen, Roggen, Körnermais und Dinkel bebaut. Seit Anfang dieses Jahres werden auch Kartoffeln, Möhren und Zwiebeln angeboten. Der Bruder Werner Hofreiter ist der Kopf hinter der Marke Biofarmers, mit der die KTG seit Mitte Februar 2012 ihre Wertschöpfungskette verlängern will, um nicht mehr ausschließlich an Weiterverarbeiter zu liefern. Die ebenfalls im Februar erfolgte Übernahme der Frenzel Tiefkühlkost soll weitere neue Märkte sichern. Erste, auf der Biofach gezeigte, Produkte waren Quarkkäulchen und Kartoffelpuffer aus dem Tiefkühlregal. *mn*



Die Biokontrolle darf nicht zum bloßen Abhaken von Kontrollbögen verkommen. Foto: BLE/Stephan

Kurzes am Rande

Welche Bio-Kontrolle ist besser?

Standardisierte Vorschriften sind kein Garant gegen Missbrauch

Um Betrugsfälle mit falschen Zertifikaten zu verhindern, ...“ schrieb das Bundeslandwirtschaftsministerium in einer Presseerklärung Mitte Dezember, habe man in Deutschland bereits auf freiwilliger Basis ein öffentlich zugängliches Verzeichnis zertifizierter Unternehmen des Ökolandbaus eingeführt. Ab dem 1. Januar 2013 sind alle Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, der Öffentlichkeit mit geeigneten Mitteln einschließlich der Veröffentli-

Schon im Titel ihres Gutachtens stellen die beiden Wissenschaftler Jochen Neuendorf und Achim Spiller die entscheidende Frage. Im Bezug auf die neu geplante Verordnung stellen die Wissenschaftler fest, dass immer genauere Kontrollvorgaben nicht zwingend dazu führen, dass die Kontrollen sicherer werden. Zum einen begründen sie dies mit den durch immer detailliertere Beschreibungen entstehenden neuen Interpretationsspielräumen und zahlreichen „unbestimmten Rechtsbegriffen“, die neu zu definieren seien. Mit Blick auf die einzelne Kontrolle, so das Gutachten, könne dieses Vorgehen dazu führen, dass Kontrollstellen und Kontrolleure immer mehr aus ihrer Eigenverantwortung entlassen würden. Im Extremfall arbeitet der Prüfer nur noch seine Kontrollbögen ab, anstatt individuell auf die Besonderheiten des Betriebs und dessen potenzielle Problembereiche einzugehen. Aus Sicht der Kontrolle viel besser sei es, dem Kontrolleur und der Kontrollstelle die Verantwortung zu übertragen. Somit sei es in deren Interesse, bei jeder Prüfung die kritischen Punkte im Unternehmen zu finden und zu kontrollieren. Im Betrugsfall müsste die Kontrollstelle nachweisen, ordnungsgemäß kontrolliert zu haben. Die Motivation für die Kontrollierenden resultiere aus einer Mischung von Haftungs- und Reputationsmechanismen.

DBV rationalisiert Ökolandbau

Auf der diesjährigen Biofach-Messe forderte auch der Bauernverband Gerd Sonnleitner ein Stück vom Kuchen. Er kommentierte, dass sich der Umsatz mit Öko-Lebensmitteln in den letzten 10 Jahren verdreifacht, die Öko-Anbaufläche in Deutschland im gleichen Zeitraum nur verdoppelt hat. „Das gefällt uns deutschen Bauern überhaupt nicht! Wir wollen einen möglichst großen Anteil am Öko-Wachstum für die deutschen Landwirte haben.“ Damit sich die Umstellung lohne, müsse der Ökolandbau produktiver werden, so Sonnleitner, dies sei auch im Hinblick auf das Thema Welternährung das Gebot der Stunde. *cs*

NRW plant Hornlose-Datenbank

Zum Thema Enthornung bei Rindern haben sich in einem Fachgespräch Ende Januar nordrhein-westfälische Verbände, Kammer und Ministerium auf praktische Schritte geeinigt. Als mittel- und langfristige Maßnahme soll das Anpaaren mit genetisch hornlosen Bullen gefördert werden. Weltweit gebe es über 300 solcher Bullen, schreibt die Landwirtschaftskammer NRW, doch würden kaum Spermien dieser Bullen eingesetzt (bei der Rinderunion West RUW nur rund 2 %). Um das zu ändern, will die Kammer nun eine Internet-Datenbank mit Zuchtwerteigenschaften genetisch hornloser Bullen erstellen. Die Zuchtverbände (RUW) haben überdies zugesagt, den Preis von Spermien solcher Bullen um die Hälfte zu reduzieren. Als Sofort-Maßnahme sollen Enthornungen in NRW jetzt nur noch unter Einsatz von Beruhigungs- und Schmerzmitteln durchgeführt werden. Solche Mittel dürften im Rahmen von Bestandsbetreuungsvereinbaren von den Bauern selbst eingesetzt werden, schreibt die Kammer. *uj*

chung im Internet entsprechende Verzeichnisse mit den aktualisierten Zertifikaten für die einzelnen Unternehmer des Ökolandbaus zugänglich zu machen. Wie dies betrügerische Unternehmen davon abhält, konventionelle Ware als Bio zu deklarieren, erklärt das Ministerium nicht. Dafür kündigt das BMELV noch eine weitere Veränderung an. Mit dem Verweis auf „einschlägige Untersuchungen“ sieht man sich darin bestätigt „national höhere Anforderungen an die Zulassung von Öko-Kontrollstellen zu stellen“ und diese in einer neuen Verordnung zu regeln. Herausgekommen ist ein seltsames Mischwesen. Zum einen regelt die neue Verordnung über die Zulassung von Kontrollstellen nach dem Ökolandbaugesetz genau das, was ihr Titel vermuten lässt: Die Zulassung von Kontrollstellen. Allerdings enthält der derzeit vorliegende Entwurf auch einen „Maßnahmenkatalog zur Anwendung bei Abweichung von einschlägigen Vorschriften“, also den EU-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau.

„Rezeptwirtschaft“

Überraschend ist, dass man derartige Verfahrensanleitungen für zugelassene Kontrollstellen in einer Zulassungsverordnung für Kontrollstellen findet. Genau hieran entzündet sich die Kritik. „ÖLG-Kontrollstellen-Zulassungsverordnung: Ein Beitrag zum Schutz vor Betrug im Ökolandbau?“

Bürokratisierung

Von Seiten der Kontrollstellen wird die zunehmende Bürokratisierung des Kontrollsystems kritisiert. Gleichzeitig befürchten sie, zukünftig vermehrt mit Haftungsansprüchen konfrontiert zu werden. Die Vielfältigkeit der Betriebe macht es für den Kontrolleur unausweichlich, individuell zu reagieren. Im Schadensfall liegt es aber bei der Behörde, dies zu interpretieren. Die Befürchtung von Seiten der Kontrollstellen ist, dass es zukünftig viele unterschiedliche Auslegungen geben wird und die Rechtssicherheit abnimmt. Gegenüber den Landwirten ist die Kontrollstelle ebenso in der Verantwortung. Ein fälschlicherweise anerkanntes Zertifikat kann unmittelbar großen Schaden verursachen und Haftungsansprüche nach sich ziehen.

Fast beschlossen

Trotz der Kritik hat das Ministerium seinen Entwurf soweit vorangetrieben, dass nicht mehr damit gerechnet werden kann, dass dieser nochmals ganz umgestellt wird. Einzig die Initiative von Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, zumindest die niederschweligen Sanktionen in Form schriftlicher Hinweise und Abmahnungen zur Vermeidung einer ausufernden Bürokratie aus dem Katalog zu streichen, könnte noch Erfolg haben. *mn*

Schweigen ist Gold

Zurückhaltung in Wort und Tat ist angesagt in Sachen Nachbauaufbereitung

Nachdem die allgemeine Auskunftspflicht der Bauern und Bäuerinnen in Hinblick auf die Nachbaugebühren durch die verschiedenen Beschlüsse der obersten Gerichte hinfällig geworden war, kümmert sich die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) schon seit Jahren intensiv um die Aufbereiter von Saatgut. Auch sie sind der STV und den Pflanzzüchtern aber nur zur Auskunft verpflichtet, wenn die STV konkrete Anhaltspunkte vorlegen kann. Ein entscheidender Punkt sind da immer die Sortennamen. Nun hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) ja geurteilt, dass Aufbereiter nicht den Namen einer Sorte kennen müssen, wenn sie den Aufbereitungsauftrag annehmen. Das kritisiert zwar die Arbeitsgemeinschaft der Saatgutverkehrs-kontrollstellen (die *Bauernstimme* 2/12 berichtete) und hat auch schon in mindestens zwei Fällen Strafandrohungen gegenüber Aufbereitern auf den Weg gebracht. Solange aber nicht durch neuer-

liche gerichtliche Auseinandersetzungen, die hier drohen, etwas Anderes Beschlusslage wird, gilt die Aussage des EuGH. Das heißt, wenn Bauer und Aufbereiter sich im Vorfeld der Aufbereitung darauf einigen, nicht über Sortennamen zu reden, fahren damit beide gut. Deshalb ist das auch immer die Empfehlung der Anwälte der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN). Anwalt Jens Beismann spricht ein wenig schmunzelnd von einer „klassischen win-win-Situation.“

Selber aufbereiten

Wer als Bauer oder Bäuerin den Aufbereiter raushalten will, sich beispielsweise lediglich eine Anlage mietet, muss genau darauf achten, in wie weit der Aufbereiter trotzdem in die Aufbereitung involviert wird. Auch an dieser Stelle ist es am besten, nicht mit ihm über Sortennamen zu sprechen. Wenn das doch getan wurde, so

ist der Aufbereiter ganz schnell wieder in seiner Aufbereiterfunktion, wenn man nicht aufpasst. Schon wenn er nur „gelegentlich tätig“ werde, so heißt es im entsprechenden Gesetzestext, wirke er als Aufbereiter und ist damit auskunftspflichtig. Was das heißt, ob es da um die Einweisung in die Bedienung der Maschine oder um Hilfestellung bei Problemen geht, das ist unklar. Aber auf der sichereren Seite bewegen sich beide Beteiligten, „wenn der Aufbereiter dem Bauern die Maschine hinstellt und sich dann auf die Mauer setzt und einen Kaffee trinkt“, so Beismanns Einschätzung. Aufbereiter Klaus Buschmeier setzt auf klare Vereinbarungen. Er unterschreibt seinen Kunden, dass er ihre Daten nicht weitergibt und lässt sich unterschreiben, dass das aufbereitete Saatgut nur für den Eigengebrauch ist und keine Hybridsorten umfasst. Für solche Verträge hat ihn ein Pflanzzüchter schon mal als Saatgutterrorist bezeichnet. cs

EuGH-Generalanwältin für die Bauern

Vermarktungsverbot für alte Sorten könnte fallen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) ist immer für eine Überraschung gut und hat im Zusammenhang mit den Nachbaugesetzen häufiger bewiesen, dass ihm bäuerliche Rechte durchaus Ernst sind. Nun gibt es wieder eine Auseinandersetzung vor dem höchsten europäischen Gericht, welche mit einer Entscheidung zu Gunsten der Bäuerinnen und Bauern gegenüber den Pflanzzüchtern vor allem aber den multinationalen Konzernen enden könnte. Ähnlich wie in den EuGH-Entscheidungen zum Nachbau geht es darum, in wie weit der Interessensausgleich zwischen Bauern und Züchtern gewahrt werden kann, bzw. wie den Konzernen, die sich immer noch weitreichendere Rechte über ihre Lobbyvertreter bei der Politik erkämpfen, Grenzen aufzuzeigen. Der Fall ist schnell erzählt: Das ursprünglich in Frankreich entstandene Saatgutnetzwerk Kokopelli, das sich den Erhalt und die weitere Verbreitung alter, landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzter Pflanzensorten auf die Fahnen geschrieben hat, wurde von einem französischen Unternehmen verklagt, weil es eben auch Sorten von Arten verkauft, die aufgrund des abgelaufenen Sortenschutzes nicht mehr offiziell gehandelt werden dürfen, oder nie offiziell einen Sortenschutz besessen haben, da sie in kleinem Umfang auf bäuerlichen Betrieben gezüchtet worden

waren. Dieser Akt des Saatgut Handels verstößt gegen geltendes EU-Recht.

Biodiversität

Das Prozedere war dann wie folgt: Nach der mündlichen Verhandlung legte die EuGH-Generalanwältin ihren Schlussantrag vor, der in den meisten Fällen mehr oder weniger eine Empfehlung an das Gericht ist, der es folgt. Sie hat hierin ausgeführt, dass „die Beschränkung der Landwirte auf zugelassene Sorten schließlich die genetische Vielfalt auf den europäischen Feldern“ reduziere. Sie schlussfolgert, dass „die Nachteile des Verbots, Saatgut nicht zugelassener Sorten in Verkehr zu bringen, offensichtlich gegenüber seinen Vorteilen überwiegen.“ Nur weil bestimmte Sorten nicht nach den Kriterien der Sortenzulassung erfasst seien, drohe noch nicht gleich eine gesundheitliche Gefahr. (Das Argument der Gesundheit stammt noch aus der Nachkriegszeit, als die Saatgesetzgebung der Ernährungssicherung dienen musste.) Die Generalanwältin konstatiert, dass „es grundsätzlich Aufgabe der Landwirte ist, darüber zu entscheiden, welche Sorten sie anbauen.“ Damit stärkt sie die Position der Bauern und Bäuerinnen gegenüber den lizenzhaltenden Züchterkonzernen, wie schon ihre Vorgänger in den Nachbauprozessen. Mit der Begründung des Erhaltes der Biodiversität erweist sie sich als sehr

weitblickend. Man kann nun nur hoffen, dass das Gericht ihr tatsächlich folgt und damit die Politik in Brüssel zu Gesetzesänderungen zwingt, die die Verbreitung bäuerlicher und alter Pflanzensorten einfacher machen. Vor dem Hintergrund der dort gerade stattfindenden Überarbeitung der Saatgutgesetzgebung sind die Aussagen der Generalanwältin doppelt wichtig. cs



The winner is... Bintje

Während der Deutsche Kartoffelhandelsverband (DKHV) mit einer Imagekampagne der Kartoffel ein Facelift zu einem „modernen, gesunden und attraktiven Lebensmittel, dessen vielseitige Zubereitung Spaß macht“ verpasst, kürte ein Bündnis aus verschiedenen Bauern-, Umwelt- und Verbraucherorganisationen auf der Biofach die gute alte Bintje zur Kartoffel des Jahres 2012. Die Wahl setze ein Zeichen für Kartoffelvielfalt und gegen die Abhängigkeiten von der Saatgutindustrie. Die cremige milde Bintje wurde bereits 1905 gezüchtet und erreichte ihre größte Verbreitung in den Niederlanden in den 80er und 90er Jahren, wegen ihrer vorzüglichen Verarbeitungsqualitäten. Sie war die Chips- und Pommeskartoffel, nun ist sie ein altes Schätzchen. cs



Zeichen für Vielfalt: der Fruchtbarkeitsgott Kokopelli

Foto: Tillmann

Produktivitätssteigerung gegen Welthunger

Der Wissenschaftliche Beirat ruft dazu auf, die Produktion zu steigern, ohne die Ressourcen zu belasten.

Die aktuelle Entwicklungsrichtung in der deutschen Agrarwirtschaft – hin zu energieaufwändigen industrialisierten Methoden – ist nicht Lösung des weiter anhaltenden Welthungers, sondern verschärft den Hunger noch. Diese Kritik an der deutschen und eu-

ropeische tierische Produkte zu konsumieren. Wenn in den Industrieländern nicht länger Fleisch im Übermaß konsumiert würde, könnten insgesamt mehr Menschen mit lebenswichtigen Kalorien versorgt werden.

Neben der Aufklärung plädieren die Autoren für einen harten finanziellen Negativanreiz und regen an, die allgemeine Umsatzsteuervergünstigung für Lebensmittel aufzuheben. Während die Politik hier ihren Steuerungsauftrag verbessert wahrnehmen sollte, zeitige an anderer Stelle staatliche Intervention nachteilige Wirkung: So müsste vor allem die Subventionierung in der Bioenergiepolitik in Form von Einspeisevergütungen und Beimischungsquoten zurückgefahren werden. Teller statt Tank also. An dieser Stelle greifen die Autoren die langjährige Forderungen von Entwicklungshilfeorganisationen und nicht zuletzt der FAO und OECD auf, da eine politisch forcierte Nachfragesteigerung und ein unkontrolliertes Mengenwachstum der Biomasseimport aus Entwicklungsländern die Konkurrenz um knappe Flächen noch weiter verschärfe. Doch selbst wenn all die genannten Maßnahmen zur Regulierung der Nachfrageseite voll zur Anwendung gebracht würden, hält der Beirat eine insgesamt erhebliche Steigerung des globalen Angebots für unerlässlich. Besonders die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern sei noch stark ausbaufähig, doch auch in den Industrieländern vermuten die Forscher noch Potenzial für eine verbesserte Landnutzung. Mit konkreten Aussagen oder gar Zahlen halten sich die Autoren gleichwohl bedeckt.

Kriterien der nachhaltigen Produktivitätssteigerung genügende schrittweise Intensivierung und ein verbessertes Management der rückständigen Landwirtschaft in den Entwicklungsländern. Weiter wird die Reduktion von Nachernteverlusten insbesondere im strukturschwachen Afrika sowie die Züchtung robuster und nährstoffeffizienter Sorten angemahnt – wohlverstanden auch unter Einsatz der Möglichkeiten in der Genforschung. Einen inhaltlichen Schwerpunkt legen die Experten auf die Förderung des kleinbäuerlichen Sektors, da 80 Prozent aller hungernden Menschen im ländlichen Raum in direkter Abhängigkeit von der Landwirtschaft leben. Nicht nur eine verbesserte technische Ausstattung, sondern auch die verstärkten Bemühungen um Ausbildung und Information vermögen die Not dieser Menschen zu mindern, sind sich die Agrarexperten sicher. Ein starres Selbstversorgungsziel, wie es von einigen Entwicklungsländern verfolgt werde, greife jedoch zu kurz. Es sollte immer dort produziert werden, wo die jeweils beanspruchten Ressourcen am effizientesten genutzt werden können. Von einer entsprechend zweckrationalen Arbeitsteilung im internationalen Agrarhandel könnten alle Teilnehmer am globalen Agrarmarkt profitieren. Deshalb solle die einseitige Benachteiligung der Entwicklungsländer und die Außen- und Subventionspolitik in den reichen Ländern durch eine fortgesetzte und glaubhafte Liberalisierung der Agrarmärkte schnellstmöglich abgebaut werden. Auch das eine ebenso alte wie naive Behauptung, die bewusst die Kritik von Kleinbauernorganisationen in Entwicklungs- und Schwellenländern außer Acht lässt. Eine Ausrichtung auf internationalen Warenaustausch hat bisher noch nie der kleinbäuerlichen Landwirtschaft genutzt, sondern sie stärker in den Konkurrenzdruck mit exportorientierten Konzernen getrieben.

Eine verbindliche Antwort auf die Frage, welche Form der landwirtschaftlichen Wertschöpfung nun künftig einer Welt von 9 Milliarden Menschen ausreichend Nahrungsmittel zur Verfügung stellen kann, bleibt der Wissenschaftliche Beirat beim BMZ leider schuldig. Stattdessen verständigt man sich nur auf das allgemein gehaltene Zukunftskonzept einer „nachhaltigen Produktivitätssteigerung“, deren tatsächlich innovativer Gehalt jedoch gering ausfällt. Und so können die Experten auch nicht wirklich konstruktiv zu der kontrovers geführten Debatte über eine neu zu strukturierende EU-Landwirtschaft beitragen. Daran ändern dann auch die sicher zutreffenden Forderungen nach verbesserter Energieeffizienz auf den Äckern und einem Umdenken beim Fleischkonsum in wohlständigen Gesellschaften nicht viel.

Nils Plambeck



Resourcenschonende Welthungerbekämpfung? Foto: BP

ropäischen Agrarpolitik und an der dahinterstehenden Agrarökonomie macht offenbar auch den Wissenschaftlern zu schaffen. Der interdisziplinär besetzte wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium BMELV hat nun eine gemeinsame Stellungnahme verfasst und schlägt darin Wege vor, wie seiner Meinung nach den 925 Millionen hungernden Menschen in Zukunft der sichere Zugang zu ausreichender Nahrungsmittelversorgung gewährt werden kann.

Nach Meinung des Beirats müsste schon heute niemand Hunger leiden, da die weltweite Landwirtschaft ausreichend Lebensmittel produziere. Auf längere Sicht drohe jedoch ein ernstes Mengenproblem. So werde der globale Angebotszuwachs nicht länger mit der starken Nachfrageentwicklung Schritt halten können. Wer vorausschauend und langfristig Armut und Hungersnot bekämpfen wolle, müsse neben einer ausgeglichenen Verteilung auch sicherstellen, dass zukünftig eine ausreichende Menge Lebensmittel produziert und zu einem erschwinglichen Preis angeboten werden.

Bei uns Fleischverzehr reduzieren

Für einen Teil der bisher in Armut lebenden Menschen eröffnet sich mit steigendem Einkommen die Möglichkeit, endlich mehr Nahrung nachzufragen sowie ehemals uner-

Nachhaltige Produktivitätssteigerung

Als objektives Maß für effiziente und zukunftssträchtige Innovationen schlagen sie den Begriff der „nachhaltigen Produktivitätssteigerung“ vor: Jede Technologie und Innovation soll auf das Maß ihrer Nachhaltigkeit – in ökonomischer, sozialer und ökologischer Hinsicht – abgeklopft und bewertet werden: „Nachhaltige Produktivitätssteigerung liegt demnach vor, wenn pro Outputeinheit – gemessen am Ende der jeweiligen Wertschöpfungskette – weniger des Gesamtbündels an Ressourcen wie Arbeitskraft, finanzielles Kapital, Boden, Wasser, Energie, Biodiversität und Klima (d.h. Treibhausgasemissionen) beansprucht wird.“ Wo die deutsche Agrarwirtschaft einerseits und eine kleinbäuerliche Landwirtschaft in Teilen Afrikas hier stehen, versuchen die Wissenschaftler aber gar nicht erst zu bewerten. Da ist der Weltagrарbericht um Welten praxisbezogener.

Arbeitsteilung im Agrarhandel

Nachholbedarf sehen die Autoren nicht nur in einer umsichtigen Ausdehnung der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Kernanliegen des Wissenschaftlichen Beirats ist eine den

Milch- und Agrarfabriken-Export

Der neuseeländische Molkereikonzern Fonterra hat laut DLG-Mitteilungen seine Exporte auf 230.000 Tonnen Milchprodukte gesteigert, vor allem nach China, Südostasien und dem mittleren Osten. Fonterra geht aber verstärkt zur Milchproduktion im Ausland über. Der Multi betreibt bereits einen 6.000-Kuh-Betrieb in China und plant weitere solcher Agrarfabriken in China, Indien und Brasilien. en

Schleichende Vergiftung

Glyphosat im Urin

Was man bei mit dem Wirkstoff öfter in Kontakt kommenden Landwirten schon als Warnzeichen betrachten müsste schockiert bei Menschen, die keinen direkten Kontakt zu dem Wirkstoff haben. Glyphosat im Urin! Die ist das Ergebnis einer Untersuchung der Universität Leipzig. Die Wissenschaftler um Frau Prof. Krüger forschen an einer Methode zum sicheren Nachweis von Glyphosat. Bisher gibt es hierfür noch kein abschließendes Analyseverfahren. Auf der Suche nach einer Nullprobe haben die Wissenschaftler der Universität Leipzig eine Berliner Bevölkerungsgruppe, die keinen Umgang mit Glyphosatpräparaten hatten, gewählt. Von den Angestellten, Journalisten und Anwälten aus Berlin wurden im Dezember vergangenen Jahres Urinproben untersucht. Die Wissenschaftler konnten ausschließen, dass einer der Betroffenen direkten Kontakt mit der Landwirtschaft hatte. Das Überraschende: In allen Proben wurde Glyphosat nachgewiesen. Die Werte schwankten von 0,5 bis 2 ng Glyphosat pro ml Urin (Trinkwassergrenzwert: 0,1 ng/ml).

Über die Herkunft der Glyphosatbelastungen machen die Wissenschaftler keine Angaben. Nach den Angaben des Herstellers Monsanto und der auch in Fachkreisen weitverbreiteten Einschätzung Glyphosat würde schnell abgebaut, hatten die Ergebnisse erwartungsgemäß negativ ausfallen müssen.

Allerdings muss man auch feststellen, dass Glyphosat immer mehr zur Allzweckwaffe wird. Ob im großstädtischen Ballungsraum zur Unkrautbekämpfung auf Gehwegen und Rasenkanten, im Kleingarten, wo viel schon immer viel half, oder auf den Gleisanlagen der Bahn. Überall hilft das in jedem Baumarkt erhältliche Totalherbizid. Dass die Probanden den Bürgersteig ableckten, um das bei ihnen nachgewiesene Glyphosat aufzunehmen, darf getrost ausgeschlossen werden. Mit einiger Sicherheit kann festgestellt werden, dass sie es über die Nahrung aufgenommen haben.

Unklare Herkunft

Spätestens ab hier aber muss man derzeit über die genaue Herkunft spekulieren. Eine nicht unwahrscheinliche Möglichkeit ist die in den vergangenen Jahren immer beliebter gewordene Sikkation: Das gezielte zur Ernte eingesetzte Totspritzen eines ganzen Bestandes. Die Vorteile für das Ernteverfahren

liegen auf der Hand. Selbst verunkrautete oder ungleich abreifende Getreidebestände bieten nach dem Spritzen ein homogenes Bild. Die Druschleistung erhöht sich durch den Wegfall des Fremdbesatzes und die Feuchtigkeit des Getreides sinkt.

Auch in Kartoffeln kommt das Verfahren zur Anwendung. Die Gabe von 2,5 l/ha, kurz vor der Ernte soll die Festigkeit der Schalen, die Anfälligkeit für Knollenfäule und Keimfähigkeit der Kartoffeln reduzieren und damit die Lagerfähigkeit verbessern. Wieviel des von der Pflanze aufgenommenen Wirkstoffs in der Kartoffel oder dem Getreidekorn eingelagert wird und welche Abbaureaktionen hier stattfinden, ist unbekannt. Dennoch scheint es nicht unwahrscheinlich, dass das Pflanzengift oder dessen Abbauprodukte im Körper der Konsumenten ankommen. Die Funde der Universität Leipzig machen den dringenden Forschungsbedarf deutlich. Insbesondere vor dem Hintergrund der Studie des französischen Wissenschaftlers Prof. Gilles Seralini, der mit seinem Team von der Universität Caen 2009 nachgewiesen hat, dass bereits geringe Mengen von Roundup zum Absterben menschlicher Zellkulturen führen.

Zuverlässige Methoden entwickeln

In einem nächsten Schritt will die Universität Leipzig die Analyseverfahren verifizieren. Hierzu wurden inzwischen 100 Proben von Probanden inklusive eines Protokolls über deren Ernährung vor dem Probenahmezeitraum genommen. Diese werden derzeit von zwei unterschiedlichen Laboren mit drei unterschiedlichen Methoden analysiert, um eine verlässliche Methodik zum Glyphosatcheck zu finden. *mn*



Spritzflugzeug zur flächendeckenden Ausbringung Foto: Hofstetter

Kurzes am Rande

KWS: Halbherziger Verzicht

Die KWS Saat AG mit Sitz in Einbeck hat Ende Februar bei ihrer Pressekonferenz zur Halbjahresgeschäftsentwicklung mitgeteilt, dass sie bis auf Weiteres auf Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland verzichtet. Als Grund nannte die KWS, dass die Nachfrage nach genveränderten Saaten seitens der heimischen Landwirtschaft ausbleibt. Derzeit befindet sich eine Roundup resistente gentechnisch veränderte (GV-) Zuckerrübe (H7-1) von der KWS im EU-Zulassungsverfahren. Laut Dr. Anja Matzk von der KWS werden zunächst keine weiteren Freisetzen in Deutschland mit dieser Rübe stattfinden, da es im EU-Genehmigungsverfahren keine offenen Fragestellungen gäbe. Treten im Prozess weitere Fragestellungen auf, behält sich die KWS vor, wieder frei zu setzen. Ausnahme für die KWS ist der Schaugarten in Üplingen/Sachsen Anhalt, hier soll die KWS-Rübe auch in den kommenden Jahren zu Schauzwecken wachsen. Auch Monsanto, der Kooperationspartner der KWS bei der GVO-Rübe wird diese 2012 in Nienburg (Saale) frei setzen. *av*

Gentechnik-Anbauverbote im Kompromiss

In der Frage der Zulässigkeit nationaler Gentechnik-Anbauverbote in der EU, hat die dänische Ratspräsidentschaft nun ein Kompromisspapier vorgelegt. Danach soll es individuelle Vereinbarungen zwischen Antragstellern und Mitgliedsstaaten geben, bevor die Kommission jeweils über die Zulassung entschieden hat. Bestandteil der EU-weiten Zulassung soll die Einigung über ein regionales Verbot sein. Die Möglichkeit, ein Verbot aus sozioökonomischen oder Umweltschutzgründen auch nach der EU-Zulassung zu erlassen, soll nach wie vor gegeben sein. Möglichst schon im März beim EU-Umweltministerrat soll eine Entscheidung herbeigeführt werden. Von vielen Mitgliedsstaaten auch von Deutschland wird der Kompromissvorschlag mit Skepsis gesehen. *cs*

Österreichs Geflügel gentechnikfrei

Österreichs Frischgeflügel wird gentechnikfrei. Sämtliches Hühnerfrischfleisch in den Supermarktregalen ist bereits mit dem gentechnikfreilabel gekennzeichnet, Putenfleisch soll folgen. Damit werden in Österreich jährlich 80.000 Tonnen Gensoja weniger verfüttert. Die Marktführer Hubers Landhendl in Oberösterreich, Steirerhuhn-Lugitsch und Titz in der Steiermark sowie Wech in Kärnten, die rund 90% des heimischen Mastgeflügelmarktes abdecken, stellten ab Januar 2012 ihre Fütterung um, die wenige Konkurrenz wird folgen. Damit füttert nach der Umstellung von Milchviehhaltung und Legehennen der dritte Produktionszweig der Österreichischen Landwirtschaft gentechnikfrei. Umwelt- und Naturschutzorganisationen sowie Verbraucherorganisationen begrüßen diesen Schritt. Nun gehe es auch darum, eine Lösung für verarbeitete Hühnerfleischprodukte zu entwickeln, betonte eine Sprecherin von Greenpeace Österreich. Außerdem müsse die Schweinefütterung noch folgen. *cs*

Monsanto verliert gegen Bauern

Im französischen Lyon wurde der Konzern Monsanto zur Zahlung einer Entschädigung an den Landwirt Paul Francois verpflichtet. Das Gericht hatte es als erwiesen angesehen, dass sich der Landwirt mit einem Pflanzenschutzmittel des Agrochemis-Konzern vergiftet habe. Der Getreidebauer kommt aus Bernac im Südwesten des Landes. Ende August 2004 hatte beim Öffnen seiner Pflanzenschutzspritze entweichende Dämpfe des Herbizids Lasso eingeatmet und leidet seitdem unter Schwindel, Stottern und verschiedenen schweren neurologischen Symptomen. Vor Gericht kam dem Landwirt zu gute, dass er sich so exakt an den Zeitpunkt der Vergiftung erinnern konnte. In der Vergangenheit waren Klagen gegen Agrochemieunternehmen immer erfolglos, da kein direkter Zusammenhang zwischen der Krankheit und dem Einsatz der Pestizide hergestellt werden konnte.

Die Höhe der Entschädigung wurde vom Gericht nicht festgelegt. Experten werden nun die Schwere der Beeinträchtigungen bestimmen, um die Höhe der Entschädigung festzusetzen. Monsanto hat angekündigt, gegen das Urteil in Berufung zu gehen. Der in Lasso verwendete Wirkstoff Alachlor ist in der EU seit 2006 verboten. Auch in Deutschland und Österreich ist daher kein Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff zugelassen. *mn*

Genossen für Leguminosen

Erhaltungszüchtung unter Eigenregie von Bauern

Der Trend auf den Ackerflächen der Republik ist: Die Leguminosen machen sich mit kaum drei Prozent Anteil ziemlich rar. Wer noch selber Körnerleguminosen wie Ackerbohne oder Erbse anbaut, weiß, dass das Sortenspektrum recht überschaubar ist und es immer weniger Neuzulassungen gibt. Daraus resultiert dann, was in Fachkreisen gerne als sich „negativ verstärkendes Sy-

Staatsdomäne Niederbeisheim im Schwalm-Eder-Kreis. Von den 180 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche werden die 150 Hektar Ackerland seit 30 Jahren pfluglos und seit 17 Jahren Bio bewirtschaftet. Zentrales Element innerhalb der Fruchtfolge sind Leguminosen. Zum einen Rotklee, Erbse und Ackerbohne zur Vermehrung und die Ackerbohne auch als eigene Proteinquelle für die 9.000 Legehennen. Schon seit 2002 setzen die Betriebsleiter der Staatsdomäne und drei weitere Höfe, die „100 % Bio“-Forderung in der Fütterung um. Hierfür bedarf es einer sehr guten Futtermittelberatung und natürlich der passenden, regional anbaubaren Eiweißpflanzen.

Geschälte Ackerbohne

In Zusammenarbeit mit einem Futtermittelberater entwickelten die Betriebe ein Verfahren, welches den Gehalt der sogenannten sekundären Inhaltsstoffe, wie Tannine, Vicin und Covicinein der Ackerbohne, die die Proteinverdaulichkeit beziehungsweise die Legeleistung negativ beeinflussen, senkt. Sie „schälen“ die Ackerbohne, da 98 Prozent dieser Inhaltsstoffe in der Schale stecken. Das funktioniert so: Mittels einer Hammermühle mit grobem Sieb wird die Schale der Ackerbohne gelöst und mittels Windsichter getrennt. Von 20 Tonnen Ausgangsware bleiben 18,5 Tonnen „geschälte Bohnen“ und 1,5 Tonnen Schalen, welche in der Rindviehfütterung eingesetzt werden. Hier haben die Tanine sogar einen positiven Einfluss, da sie den Nährstoffabbau im Pansen verbessern. Die „geschälte“ Ackerbohne wird als Hauptproteinträger der Futtermischung zugemischt. Die Legehennen kommen im fünfjährigen Schnitt auf 269 Eier pro Huhn und Jahr, was sich durchaus sehen lassen kann.

Foto: Brede

Bäuerliche Zucht

Neuere Leguminosen-Sorten enthalten in der Regel weniger der sekundären Inhaltsstoffe. Es gibt aber die Vermutung, dass mit dem „Wegzüchten“ dieser Inhaltsstoffe auch eine geringere Widerstandskraft der Pflanze gegenüber Schädlingen einhergeht. An diesem Punkt beginnt nun die andere, eigentliche Geschichte, die der Leguminosen-Erhaltungszucht. Uwe Brede baut schon lange Körnerleguminosen an,

er kennt sie noch, die alten, langen und buntblühenden Sorten und sieht, wie sie nach und nach mangels Erhalt durch die Züchter auslaufen. All diese Aspekte nahm Brede zum Anlass, selber aktiv zu werden. Aufgegriffen wurde die Idee der partizipativen Züchtung, was bedeutet, dass Landwirte an der Erhaltung und Züchtung von Genotypen aktiv beteiligt sind. Hierbei wird eine bestehende Sorte, die von dem Lizenzigentümer nicht weiter züchterisch bearbeitet und auch nicht mehr vertrieben wird, übernommen. Die Personen oder Gemeinschaft, die mit dieser Sorte weiterarbeiten möchten, müssen mit dem Lizenzigentümer in Verhandlung treten. Dies haben Uwe Brede und seine Partner bei der Ackerbohnenart Bilbo gemacht. Der Züchter, ein aus Italien stammendes Unternehmen, hatte die Lizenz an die KWS Lochow-Petkus GmbH aus Einbeck abgetreten, die letztlich der Übernahme zustimmte. Die Genossenschaft konnte 100 Samen der Ackerbohnenart Bilbo von der Genbank in Gatersleben zur Vermehrung beziehen.

Gesellschaftliche Aufgabe

Dies ist der Grundstock und wird nun beim Anbau in einem Gewächshaus gut behütet. Ziel ist es, in drei bis vier Jahren vermehrungsfähiges Material zu erzeugen, welches dann unter den Mitgliedern der Genossenschaft und darüber hinaus gehandelt wird. Die Handelbarkeit von Erhaltungssorten wird durch zwei Sachverhalte deutlich eingeschränkt: Das Saatgut darf nur in der „Ursprungsregion“ erzeugt und gehandelt werden und die Saatgutmenge darf 0,3 beziehungsweise 0,5 Prozent der gesamten Saatgutmenge eines Landes bei Erbse oder Ackerbohne nicht überschreiten. Das entspricht jeweils kaum mehr als 200 Hektar pro Kultur. Das die beschriebenen Einschränkungen beim Handel von Saatgut aus Erhaltungszucht nicht für Mitglieder der Genossenschaft gelten, war mit ein Grund für die Wahl der Rechtsform. Zudem war den Initiatoren wichtig, dem Ansatz der partizipativen Zucht auch in ihrer Organisationsform Ausdruck zu verleihen. Unabhängig von der Höhe der Einlage hat jede Stimme das gleiche Gewicht. „Züchtung ist eine gesellschaftliche Aufgabe“, betont Brede immer wieder, dementsprechend sollte hier nicht nach den gängigen Marktgesetzen gehandelt werden. Dieses müsse auch verstärkt in der EU-Agrarreform-Debatte thematisiert werden. Brede Überzeugung ist: „Jedes fünfte Jahr Leguminosen in der Fruchtfolge sind nicht nur aus fördertechnischer Sicht eine gute Forderung.“

Christoph Dahlmann
Projektleiter „Vom Acker in dem Futtertrog“



Besonderes Saatgut bedarf auch besonderer Landtechnik: Einer Parzellenbohnenndrille.

stem“ umschrieben wird, sprich: keine Abnahme – kein Anbau; kein Anbau – keine Abnahme. Nur noch ein Züchterhaus – die Norddeutsche Pflanzenzucht, kurz NPZ – bearbeitet Erbse und Co. mit einem vollständigen Zuchtprogramm in Deutschland. Im Vergleich dazu gibt es 16 vollständige Zuchtprogramme für Winterweizen. Diesem Zustand etwas entgegen zu setzen, hat sich eine Gruppe von Bauern und Bäuerinnen zum Ziel gesetzt und die Bäuerliche Öko-Saatgut eG gegründet. Gründungsmitglieder sind Saatgutvermehrter aus Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie der Bioland-Landesverband Hessen

100 Prozent Bio

Einer der Initiatoren ist Uwe Brede. Als Biolandbauer bewirtschaftet er zusammen mit seiner Frau Babette Löber die hessische

Schweinebauer unterwegs

Aus dem Münsterland nach Rom – mit dem Rad

Der Zungenschlag stammt unverkennbar aus dem Münsterland, zumindest da kann man sich sicher sein, wenn man mit Martin Ramschulte spricht. Aber dachte man zunächst, man lernt einen typischen Münsterländer Schweinebauern – so der denn tatsächlich so existiert, wie es das Klischee vorgibt – in ihm kennen, so wird man unsicherer, je länger man mit ihm redet. 950 Mastplätze hat er auf seinem Hof im Kreis Borken und einen Sohn, der darüber nachdenkt, 2.000 zu haben. Ramschulte ist 57 Jahre und nach Jahren der betrieblichen Spezialisierung und Rationalisierung und Wachstum an einem Punkt angekommen, wo er frustriert feststellen könnte, dass es wieder einmal immer noch nicht reicht. Und er sich aufmacht in die Gewerblichkeit, weil die Beratung es so empfiehlt und es alle Nachbarn so machen und die Schweinepreise immer schlechter und die Mengen immer größer und die Exportmärkte immer weiter weg sind. Aber er will sich nicht frustrieren lassen. „Zu sagen: ‚da kann man nichts dran machen‘ das ist nicht mein Ding“, sagt Ramschulte und engagiert sich für eine andere Agrarpolitik und für eine bäuerliche Landwirtschaft. Und im Mai, wenn seine Berufskollegen auf dem Acker sind, klinkt er sich einen Monat aus – sein Sohn ist alt genug, um das möglich zu machen – und erfüllt sich einen Lebensraum. Ramschulte will nach Rom, aber nicht in zwei Stunden mit dem Flieger wie seine Frau im letzten Jahr, sondern in über 20 Tagen mit dem Fahrrad.

Radeln für Bäuerlichkeit

„Der größte Knackpunkt ist, über die Alpen zu kommen“, erklärt er westfälisch-trocken.

Unterwegs will er mit vielen Leuten ins Gespräch kommen, will Leuten Mut machen, etwas dagegen zu tun, dass weiter so verschwenderisch mit unser aller Ressourcen umgegangen wird. „40 Prozent unserer Nahrungsmittel werden weggeschmissen, 70 Liter Schweröl verbraucht ein Mensch pro Tag auf einem Kreuzfahrtschiff, 30 Prozent zu viele Schweine werden bei uns produziert. Das geht mir alles auf den Zeiger“, erklärt Ramschulte. Er sagt, was ihm nicht passt, redet aber nicht missionarisch, und radelt für nichts weniger als „für die bäuerliche Landwirtschaft“.

Er habe immer alles so mitgemacht mit dem Hof, die Sauen weg, die Kühe; die Bullen, dabei hatte er ursprünglich Lust auf eine andere Landwirtschaft „hier ein paar Schweine, da die Kühe“ und erinnert sich an die Freude, die er als Kind empfand, wenn die Schweine zurück in das frisch eingestreute Stroh im Stall durften. Aber Ramschulte ist kein Nostalgiker, kein Ökorumantiker und das Rezept für Sohn und Nachbarn hat er auch nicht. Wer hat das schon? Ramschulte ist beweglich im Kopf und auf dem Fahrrad, mit dem er auch im Alltag fährt, so oft es geht. Und vielleicht trifft er ja jemanden kurz vor Rom, der ihm sagt, wo es langgeht, obwohl das eher unwahrscheinlich ist. Da muss Ramschulte wohl selber ran und noch einige Diskussionen führen und Gedanken hin und her schieben. Dazu könnten dann der Abstand und die Alpen ganz hilfreich sein. cs



Mit dem Rad über die Alpen

Foto: privat

ACTA-lieber ad acta?

Liebe Leser, habt Ihr schon von ACTA, dem Anti-Fälschungs-Abkommen des Handels gehört? Vielleicht erinnert Ihr Euch an die Demos vor einiger Zeit in den Städten. Tausende junge Menschen gingen auf die Straße und beschwerten sich über ACTA. Angefangen hat der Protest in den neuen EU-Ländern Lettland, Polen, Slowakei und Tschechien. Die meisten anderen Staaten haben die Sache schon unterzeichnet. ACTA betrifft auch uns viel massiver als die vier Buchstaben es erahnen lassen. Seit 2006 fanden die Gespräche am Rande eines EU-Gipfels unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auch die WIPO (Weltorganisation für geistiges Eigentum) und die WTO (Welthandelsorganisation) wurden hierbei umgangen. Seit



... aus Rheinland-Pfalz

2007 wurden die Gespräche dann sogar auf Ministerebene geführt. Die rechten Parteien des EU-Parlamentes wollten das Abkommen schnell und unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchführen, was den Berichterstatter des federführenden Haushaltsausschusses des EU-Parlamentes Kader Arif dazu veranlasste, seinen Platz

zu räumen. Ich muss gestehen, dass ich mir bis dato noch nie Gedanken darüber gemacht habe. Doch mein ältester Sohn klärte mich auf. Er rief mich zum Laptop und sagte: „Papa schau mal hier auf Youtube das Video zu Acta von Anonymous.“ Ich war wie von allen Socken, entsetzt über diesen wirklich aufklärenden Kurzfilm. Da bin ich der Meinung, das müssen sich alle Bauern anschauen. Hier muss ich eingestehen, dass das Internet sehr positiv als Informationsträger gewirkt hat. Bei ACTA haben sich global arbeitende Wirtschaftsunternehmen zusammengesetzt und wollen sogenannte Rechte auf geistige Eigentum eintreiben. Ein jeder soll sich das Video anschauen, damit ihm klar wird, wie's geschehen soll. Hoffentlich werden viele von uns aufstehen und gemeinsam mit den Demonstranten für unsere Rechte bei den Regierenden eintreten. Noch hat Deutschland, im Gegensatz zu großen Weltmächten wie den USA, Australien, Südkorea und Japan, laut Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger nicht unterschrieben. Dies ist wichtig, damit die Sache vom Parlament nicht abgesegnet wird. Ich weiß, dass die Lobbyisten der Konzerne hier mit Sicherheit den Fuß schon in der Tür stehen haben. Für uns Bauern ist es jedoch wichtig, dass Saatgut frei verfügbar ist, damit wir Bauern die Ernährung der Menschen wie seit Jahrtausenden sichern können. Mit ACTA will man verhindern, dass Bauern über ihr eigenes Saatgut noch bestimmen können. So soll der Grundstein gelegt werden, die Macht der Saatgutkonzerne zu verstärken und uns Bauern zu Abhängigen von ihnen zu machen. ACTA trifft auch die armen Staaten und Entwicklungsländer sowie Arme an sich, so am Beispiel der Entwicklungsländer im Hinblick auf patentiertes Saatgut. Wenn Unternehmen aus Entwicklungsländern Getreide exportieren wollen, das in einem Acta-Land patentiert ist, soll es an den Grenzen zu Acta-Ländern festgehalten und vernichtet werden. Die Möglichkeiten von Entwicklungsländern, Getreide zu exportieren, würden also erheblich eingeschränkt. Für diejenigen, die davon leben, fiel die Lebensgrundlage weg. Seit 1998 versucht die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN), gegen solche Abhängigkeiten sowie Patente auf Leben anzugehen. ACTA ist eine ganz neue Dimension die es zu bekämpfen gilt.

Die Seite www.youtube.de im Browser öffnen, im Suchfeld „ACTA“ eingeben und das Video „Anonymous – Was ist Acta?“ anklicken.

Ein Bauer (60) erzählt...

Wissen und Erfahrungen weitergeben

Bericht von meinem SES-Einsatz in der Berufsschule Sayarinapaj in Bolivien

Nach 32-stündigem, mehr als anstrengendem Flug komme ich in Bolivien an. Herzlich empfangen von Nicola Wiebe, der Leiterin des Projektes Foundation „Christo Vive“ in Bella Vista/ Cochabamba. Nach einer kurzen Begrüßungsmahlzeit in der Wohnung mitten in Cochabamba falle ich todmüde ins Bett. Den nächsten Tag nutzen wir, um uns näher kennen zu lernen und das Programm meines siebenwöchigen Aufenthalts zu besprechen. Nach über dreißig Jahren Erfahrungen im ökologischen Landbau möchte ich mein Wissen gerne anderen Menschen zur Verfügung stellen. Seit einiger Zeit bin ich Mitglied beim Senior Experten Service. Jetzt bin ich hier in Bolivien, um den angehenden Landwirten

Apfel, Melonen und noch vieles mehr. Mein Auftrag war, auf dieser Fläche ein Musterbeispiel für ökologische Landwirtschaft zu planen, damit die Schüler ein Beispiel haben, bevor sie selbst an die Umstellung ihres Hofes gehen. Die meisten Auszubildenden kommen von kleinen Höfen von weniger als 2 ha in den armen Bergregionen. Auf meinen Rundfahrten habe ich festgestellt, dass in Bolivien, nach einer Studie der WHO dem ärmsten Land Südamerikas, die größte Not auf dem Land, in den Bergbauerdörfern, herrscht. Hier können Pestizide und high-tec Landwirtschaft nicht weiterhelfen. Der ökologische Landbau mit seinem klaren Konzept von Kreislauf-

Rio Madeira und irgendwann über den Amazonas in den Atlantik. Es regnete, wie es sich für einen anständigen Regenwald gehört, den ganzen Tag (4-5.000 mm/Jahr); Die EVO-Universität ist ein Projekt des bolivianischen Präsidenten Evo Morales, der mitten in die Pampa eine neue Universität für Indios gebaut hat. Leider ist Vieles nicht zu Ende gedacht. Beispielsweise fehlen Hochschullehrer. Neben einem Besuch der Versuchsfelder sollte ich den ökologischen Landbau vorstellen. Die Verantwortlichen riefen hierfür etwa 100 Landwirtschaftsstudenten zusammen. Es wurde ein intensiver Vormittag mit nicht enden wollenden Fragen. Ich teilte ihre Verehrung der „Pachamama“, der Mutter Erde, und sagte auch deutlich, dass Pachamama Pestizide und Plastik nicht mag. In dem benachbarten Dorf Ceparé mit ca. 2.000 Einwohnern fand ich drei Läden, wo Pestizide von Bayer, BASF und Monsanto verkauft werden. Plastik und Müll werden überall auf den Feldern entsorgt. Nach dem herzlichen Abschied wurde ich eingeladen, im nächsten Jahr einen Monat Vorlesungen über ökologischen Landbau zu halten. Ich war sehr zurückhaltend vor allem wegen des anstrengenden Klimas und weil ich im Öko-Anbau von tropischen Pflanzen keinerlei Erfahrung habe. Ein anderer SES-Experte ist gefragt.

großes Interesse erlebt. Es ist sicher ein langwieriger Prozess, womöglich werden sie erst einmal abwarten, wie sich die Umstellung in der Berufsschule Sayarinapaj entwickelt, denke ich. Auf der Abschlussveranstaltung gab die Firma Ecoferia zu erkennen, dass sie dringend ökologisch erzeugte und zertifizierte Produkte suche und helfen wolle, Alternativen zu den althergebrachten Vermarktungswegen zu finden. Zu meiner großen Freude haben sich 10 von 17 Absolventen der Berufsschule bereiterklärt, ihre Abschlussarbeit über die Umstellung ihres Betriebes auf ökologischen Landbau zu schreiben. Das ist ein großer Erfolg. Aber es bleibt noch viel zu tun: Netzwerke und Kontakte untereinander herstellen; Komposterzeugung entwickeln; Beratung der Betriebe untereinander aufbauen; Vermarktung und Anbauabsprachen: Wege zur Zertifizierung u.a. – Ich habe für die Bauern einen kleinen Umstellungsfonds zum Mutmachen gegründet und wurde gebeten, bald wiederzukommen und die Umsetzung der neuen Ideen zu begleiten.

Erfüllte Zeit

Für mich waren diese Wochen hier in Cochabamba ausgesprochen intensiv und erlebnisreich. Ich fühle mich beschenkt von der großen Wärme und Gastfreundschaft, die die Menschen mir entgegenbrachten. Mein herzlicher Dank geht an den SES, der durch die hervorragende Vorbereitung und Unterstützung die Reise ermöglicht hat; und an die vielen Menschen, denen ich in Bolivien begegnet bin für ihre Freundlichkeit, Offenheit und ihre Fröhlichkeit. Alles Liebe – Christo Vive
Gyso von Bonin

Spenden für Bolivien:

Stichwort: „Umstellungsfonds Gyso“
auf das Konto 1807555303 bei der Sparkasse Lippstadt, BLZ: 41650001



Der Bauer aus Europa im Regenwald...

der Berufsschule „Sayarinapaj“ die Wirtschaftsweise im ökologischen Landbau vorzustellen. Zuerst aber bekomme ich eine Führung durch alle Werkstätten, Kindergärten, Gärtnerei und Internat. In den kommenden Wochen soll es um die Anbauplanung für die Umstellung eines neu gekauften Stück Land gehen. Wir wollen uns gemeinsam um die Bodenbearbeitung kümmern und eine Radhacke bauen. Aber auch Tierhaltung und Kompostwirtschaft sowie die Möglichkeiten der Vermarktung ökologischer Produkte sollen Thema sein.

Erste Planungen

Nachdem ich mir bei Exkursionen in die Anden-Dörfer und den Regenwald, aus der die Landwirtschaftsschüler kommen, ein Bild über die Möglichkeiten der Region gemacht habe, konnte ich Pläne für die Umstellung erarbeiten und mit den Landwirtschaftslehrern besprechen. Für die Fruchtfolge auf der neuen Fläche haben wir gemeinsam geeignete Pflanzen ausgesucht: z.B. Luzerne, Kartoffeln, Quinoa, Mais, Gemüse, Blumen u.a. Dazu kommen zwei Streifen mit Obst, wie Orangen, Zitronen, Avocados,

landwirtschaft, Fruchtfolge und Kompostwirtschaft lässt sich sehr gut vermitteln und stößt auf großes Interesse.

Food Crash

Der Schwerpunkt dieser Berufsschule in der armen ländlichen Region am Rand der Anden soll die Ausbildung zum ökologischen Landbau werden. Ich habe eine Woche lang mit den Studenten zusammen gearbeitet. Mit Hilfe des neuen Buches von Felix Löwenstein „FOOD CRASH – die Welt wird sich ökologisch ernähren, oder gar nicht mehr“, konnte ich sehr gut die Grundzüge und Hintergründe darstellen. Abends habe ich dann gemeinsam mit den Landwirtschaftsschülern mitgebrachte Filme angesehen und diskutiert. Mein besonderer Dank geht an die unermüdliche Übersetzungsarbeit der „Volontarios“ und die freundliche Unterstützung der Schulleitung.

Regen, Regen, Regen

Eine Exkursion ging in den Regenwald in das kleine Dorf Chimoré westlich der Andenkette zur EVO-Uni. Chimoré liegt ca. 400 m ü. NN. am Rio Chéparé. Der fließt in den Rio Mamoré, weiter in Rio Iternes,

Praktische Arbeit

In der letzten Woche in der Berufsschule Sayarinapaj in Bella Vista stand die Arbeit mit den Studenten im Vordergrund. Ob es mir gelungen ist, diesen jungen Menschen (19 bis 24 Jahre) die Alternative, auf dem Land zu bleiben und sich im ökologischen Landbau zu engagieren, schmackhaft zu machen, weiß ich nicht. Aber sie ist allemal besser, als das Land zu verlassen und in den Slums der Vorstädte Arbeit zu suchen. Jedenfalls habe ich Wachheit und



... und im 3.500 Meter hoch gelegenen Bauerndorf.

Fotos: Bonin

Gemüseleicht

Selbstversorgung aus dem Garten

Wie schaffe ich es, meine Familie mit frischem Gemüse aus dem Garten zu versorgen, obwohl ich nur an den Wochenenden Zeit habe? Offensichtlich ist es Clare Matthews aus England, Gartenarchitektin und Autorin zahlreicher Gartenbücher, gelungen, denn stolz präsentiert sie sich mit einem Bund Möhren und Rote Beeten auf dem Titel ihres Buches. Clare lädt die Leser zu sich in den Garten. Wunderbare Bilder von Fotograf Clive Nichols machen das Buch zu einem wahren Augenschmaus. Und vom Inhalt her erweist sich Clares Gartenbuch als klar strukturiert und gut geeignet für Gartenneulinge. Aber auch wer seinen Nutzgarten pflegeleicht umgestalten möchte, findet hier Anregungen. Denn Clares Ansatz ist sehr überzeugend: Grundlage eines pflegeleichten Nutzgartens ist eine klare Struktur. Alle Beete sind niedrige Hochbeete mit festen Holzrahmen. Kompostwirtschaft, Mulchen und Begleitpflanzen machen das Umgraben überflüssig. Auf den Einsatz von Chemie wird verzichtet. Schritt für Schritt wird dokumentiert, wie Clare ihren Garten gebaut hat. Eine Anleitung zum Selbermachen. Nach einem kurzen Überblick über die nötigen Arbeiten im Jahreslauf, sinn-

volle Geräte, Fruchtfolgen und mögliche Schädlinge stellt sie die einzelnen Gemüse- und Obstarten vor, die den Anbau im Selbstversorgergarten lohnen und mit denen sie selber Erfahrungen gesammelt hat. Ein schönes Geschenk für Bekannte und Kunden. *we*

Clare Matthews: Gemüseleicht, Selbstversorgung aus dem Garten – anbauen, ernten, genießen. Aus dem Englischen, 244 S., 200 Abbildungen, laminiertes Pappband, 25,3 x 19,9 cm, Kosmos-Verlag, Stuttgart, 2010, 19,95 €, ISBN: 978-3-440-12501-4



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2012 2011 2010 2009 2008 2007 2006
 22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. Linda und Konsorten	Stückpreis 14,90 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

Die Schafgääng – Ab durch die Wüste

Die fünf sympathischen Wollknäule aus England, schon bekannt aus dem ersten Band (Im Auftrag des Widders) sind wieder im Einsatz. Diesmal fordert die Teufelszunge sie heraus. Ist das furchterregende Ungeheuer aus der Prophezeiung tatsächlich zum Leben erwacht? Eine turbulente Verfolgungsjagd durch den Westen der USA beginnt. Im Team bestehen die Fünf die unglaublichsten Abenteuer. Mit von der Partie sind: Oxo, der verfressene Oxford-Widder; Sally, das gutmütige Southdown-Schaf; Jasmine, das eitle Jacob-schaf; Linx, der rappende Lincoln-Langwoll-Schafbock; und Will, das intelligente walisische Balwen-Lamm. Furchtlos ziehen sie als die auserwählten Kriegerschafe in die Schlacht gegen den unbekanntesten Feind Teufelszunge, gefolgt von ihren ahnungslosen Besitzern, Todd und seiner Oma Ida. Aber welche Rolle spielen der verrückte Wissenschaftler Bumberg und seine unsympathische Frau Holly, die es auf die Schafe abgesehen haben? Das Ganze ist sehr flott und spannend erzählt im Stile eines Roadmovies. Zugleich mit viel britischem Humor und Liebe zum Detail. Ob Las Vegas oder Dead Man's Creek, die Schafe lassen nichts aus und natürlich endet schließlich alles gut. Der flotte Erzählstil kommt bei Kindern gut an. Das Buch ist purer Lesespaß. Empfohlen ab 10 Jahren. *we*

Christine Russell, Christopher Russell: Die Schafgääng – Ab durch die Wüste; 224 S., gebunden, ISBN: 978-3-522-18260-7, Thienemann Verlag 2011, 9,95 €

Zu beziehen über den ABL-Verlag



Lebendiger Wochenmarkt

Eine quicklebendige Reportage aus Eckernförde beschreibt anschaulich die Vielfalt der regionalen Produkte und die Marktläufe und die verschiedenen Käufer und Anbieter auf dem Wochenmarkt. Ein kleiner Auszug aus der CD-Inhaltsliste: „Vor dem Aufbau – Die Biogärtnerei – Wetter – Kleiner Stand – Der Marktmeister – Jasmin Beyazal – Leben und leben lassen – Süßwasserfische am Meer – Kartoffelsortiment – Die Landfrau – Stauden op Platt – Kornkraft und Knicks – Saisongemüse – Ein Landschlachter – Marktschluss...“ *en*

Astrid Matthiae: Vielfalt von ganz nah. Ein Wochenmarkt in Norddeutschland – Eckernförde. CD-Hörbuch, Länge 74 Minuten.

Zu bestellen ist das Hörbuch per Verrechnungsscheck über 17,90 Euro + 1,50 Euro für Versand an: Astrid Matthiae, Bernstorffstr. 160 k, 22767 Hamburg. Oder über E-mail: astridmatthiae@gmx.de

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS April 2012 ist am 17. März 2012.

Hof und Arbeit

● Ab sofort gesucht: Mitarbeiter(in) engagiert, selbst. arbeitend f. 35 ha Demeter-Hof in SH, Ackerb. Feld- u. Feingem. Mutterkühe, div. Kleinvieh, Backstube, Direktverm. CSA im Aufb. ☎ 04835 7283, demeter-hofbexte@web.de

● Nachfolger ges. f. viels. 35 ha Hof (demeter) in SH. ☎ 04835 7283, demeter-hofbexte@web.de

● BETRIEBSAUFGABE? NEIN!
Naturverbundenes Paar, aktiv i.d. Landw. tätig sucht Hof/Flächen im Alpenvorraum zur Bewirtschaftung. Rentenbasis oder Kauf.
☎ 01522 9542648

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Sonstiges

● WaschMichl – Eine runde Sache Handwaschstation für Marktstände ohne Waschgelegenheit. Entspricht den Anforderungen der Lebensmittelbehörden. Alle weiteren Infos: www.waschmichl.de

Baumschule PFLANZLUST

Ausgezeichnet mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau 2010

Historische und bewährte Obstsorten für den Garten und die Landschaft

www.biobaumversand.de

GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT!

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Erkelenz, Kassel, Potsdam
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de

**Baden-Württemberg Mitgliederversammlung und offenes Forum**

Sonntag, den 18. März 2012
von 10 bis 16 Uhr in der Ev. Akademie Bad-Boll,
Akademieweg 11, 73089 Bad Boll

10.00 Uhr Mitgliederversammlung

13.00 Uhr **Offenes Forum** (auch für Nicht-Mitglieder)

zur schwäbisch-badischen Agrarreform

mit Wolfgang Reimer, Ministerialdirektor, MIR

Anmeldung unbedingt erforderlich bis 12. März an
thomas@abl-ev.de oder per Fax: 07531 282939-2

**Einladung zur Podiumsdiskussion**

am Donnerstag, den 19. April 2012
ab 19.30 Uhr in 84576 Teising, Gasthaus Reiterhof

Die Vorschläge der EU-Kommission zur GAP nach 2013 Chancen und Risiken für die bäuerliche Landwirtschaft

20.00 Uhr Impuls-Referat von Renate Künast, MdB,
Fraktionsvorsitzende B90/Die Grünen

20.20 Uhr Podiumsdiskussion mit Renate Künast; MR Anton Dippold, StMELF; Romuald Schaber, BDM; Josef Schmid, AbL; Marion Ruppner, Bund Naturschutz

www.agrarbuendnis-bayern.de

Veranstaltungen**„Lever he as ik“**

04. März 2012, **Borgentreich**
Milchbauer Matthias Stührwaldt liest aus seinem neuen Buch.

19.30 Uhr im Borgentreicher Central-Kino

Milchtagung 2012

05.03.2012, **Warburg-Hardehausen**
Die gemeinsame Milchtagung von AbL, KLJB und Uni Kassel bekommt Besuch vom Kartellamt. Weitere Themen: Tiergesundheit, Antibiotika und Molkereikonzepte 9.30 bis 16.30 Uhr KLVHS Hardehausen, 34414 Warburg-Hardehausen, Infos: AbL, ☎ 02381-9053171

„FOOD CRASH“

07. März 2012, **Hohebuch**
Vortrag und Diskussion mit Dr. Felix Prinz zu Löwenstein 20.00 Uhr im Forum der Heimvolkshochschule Hohebuch, 74638 Waldenburg-Hohebuch

Wer ernährt die Welt?

07. März 2012, **Dannenberg**
Veranstaltung zum Weltagrarrbericht mit Benedikt Haerlin, Georg Janßen und Martin Morisse vom BDM Bundesvorstand.
19.30 Uhr in der alten Post in Dannenberg

Bauer hält Hof

10. März 2012, **Landolfshausen**
14.00 bis 17.30 Uhr, Käsehof Landolfshausen, Oberdorf 24, Anmeldung erforderlich: BUND Göttingen, ☎ 0551-56156, mail@bund-goettingen.de
www.meine-landwirtschaft.de/hofhalten/hoftermine.html

Naturgemäßer Baumschnitt

10. März 2012, **01737 Tharandt**
Ein Einstieg für ein selbständiges Arbeiten am Obstbaum
Umweltbildungshaus Johannishöhe, ☎ 035203 37181, www.johannishoehe.de

AbL Niedersachsen

Öffentliche Frühjahrstagung
11. März 2012, **28857 Syke**
Programm siehe Anzeige BS 2-2012, S. 22

Kostendeckende Milcherzeugung

12. März 2012, **Herrieden**
Infoveranstaltung des BDM mit Referent Dieter Hanselmann zum Thema Finanzmanagement
20.00 Uhr im Gasthaus Bergwirt in Her-

rieden, Kontakt: AbL Franken, Isabella Hirsch, ☎ 09852 1846, isabella.hirsch@gmx.de

BIOGAS-Intensiv

12. bis 16. März 2012, **Kirchberg/Jagst**
Qualifizierungskurs in fünf individuell buchbaren Modulen
Info: IBBK Fachgruppe Biogas, ☎ 07954 92620-3, Fax: 4, www.biogas-zentrum.de

Gentechnik

13. März 2012, **Sugenheim**
Mit Referent Josef Feilmeier
Kontakt: AbL Franken, Isabella Hirsch, ☎ 09852 1846, isabella.hirsch@gmx.de

Dicke Luft im Stall

14. März 2012
Kommunikation in der landwirtschaftlichen Mehrgenerationenfamilie
Kontakt: Elisabeth Friesenegger, AbL Oberland, ☎ 08158 8486

„Gekaufte Wahrheit“

15. März 2012, **Kirchhatten**
Film von Bertram Verhaag über kritische Wissenschaftler
20.00 Uhr im „Deutschen Haus“ Kirchhatten, Hauptstr., Eintritt frei

Haustierrassen und Selbstversorgung

16. und 17. März 2012, **Eppingen**
Der Kraichgauer Arche-Hof Mühlbach: Effizienz durch einfache Landtechnik und Handarbeit.
LHVHS Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, info@lhvhs.de

„Monsanto auf Deutsch“

17. März 2012, **Schwarzach**
Jörg Bergstedt berichtet über Gentechnikeischaften.
19.30 Uhr, Bio-Gasthaus Zum Benediktiner in 97359 Schwarzach (gg. Klosterbuchhandlung), Kontakt: AbL Franken, Edith Sachse, Tel. 09367-2292

Schwabacher Bauer hält Hof

17. März 2012, **91126 Schwabach-Nasbach**
13.30 Uhr, Lindenbachstraße 20, Anmeldung erforderlich: Bund Naturschutz Schwabach, bn-schwabach@gmx.de, ☎ 09122-12461 o. -5144

Gemeinwohl-Ökonomie

19.03.2012, **Herrieden-Schernberg**
Harro Colshorn berichtet über

die wachsende Wirtschaftsreformbewegung in Mitteleuropa.
20.00 Uhr im Gasthof „Bergwirt“; Kontakt: Heidi Schilling, ☎ 09861 92534

Backen von Vollkornbrot

23./24.03.2012, **Creglingen-Münster**
Bäckermeister Harald Nachtrab arbeitet mit Sauerteig und Hefe.
LHVHS Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, info@lhvhs.de

Saatgutvermehrung

24. März 2012, **01737 Tharandt**
Seminar für Einsteiger wie auch erfahrene GärtnerInnen
Umweltbildungshaus Johannishöhe, ☎ 035203 37181, www.johannishoehe.de

Bauer hält Hof in Rendsburg

29. März 2012, **Rendsburg**
19.30 Uhr, Diakonisches Werk Schleswig-Holstein, Kanalufer 48

Der gesunde Pferdehuf

31. März 2012, **Grünfeld-Paimar**
Praktische Vorführung
LHVHS Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, info@lhvhs.de

Bodenfruchtbarkeit steigern

31. März 2012, **01737 Tharandt**
Aktivierung des Bodens mit verschiedenen biologischen Systemen
Umweltbildungshaus Johannishöhe, ☎ 035203 37181, www.johannishoehe.de

**FREIE WALDORFSCHULE MAGDEBURG**

Wir suchen ab Mai 2012 eine/n **Gärtner/in**

mit biologisch-dynamischer Ausrichtung zur Umgestaltung und Pflege unseres ca. 3 ha großen Schulgeländes in Zusammenarbeit mit unseren Hausmeistern und Gartenbaulehrerinnen.

Bewerbungen an:

Freie Waldorfschule Magdeburg
Kroatenwuhne 3, 39116 Magdeburg

Rückfragen beantwortet unser Geschäftsführer Herr Buchholz,
Telefon: 0391-6116190
oder via Email an:
waldorfschule-magdeburg@t-online.de

www.waldorfschule-magdeburg.de

„Bauernhöfe statt Agrarindustrie“

Mittwoch, 21. März 2012, vor dem Landeshaus in Kiel

Ein breites Bündnis aus Landwirtschafts-, Umwelt-, Imker-, Verbraucher-, Tierschutz- und Eine-Welt-Organisationen will kurz vor der Landtagswahl ein deutliches Zeichen setzen.

Gemeinsam für eine neue, faire Agrarpolitik in Schleswig-Holstein

11.00 Uhr Treffen der Trecker auf dem Wilhelmplatz in Kiel, gemeinsamer Treckerkorso

13.00 Uhr Versammlung vor dem Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70 mit Musik, Poesie, Transparenten

13.30 Uhr Kundgebung mit Forderungen und Fragen an die politischen VertreterInnen

Ansprechpartner: **Florian Gleißner**,
E-mail: florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Bauernwallfahrt nach Altötting

am Sonntag, den 25. März 2012

Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft

Schutz vor Patenten auf Leben

Bewahrung der Fruchtbarkeit unserer Böden

um 11.30 Uhr Gottesdienst in der Basilika St. Anna
mit Pfarrer Michael Wittl, Pfarrverband Feichten, Heiligkreuz, Hart, Wald
anschließend Segnung von Tieren und Heilkräutern
durch Prälat Ludwig Limbrunner, Administrator der Gnadenkapelle



Organisator: Georg Planthaler, Tel: 08621-1518
www.bauernwallfahrt.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband u. Wendland-Osteide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info
Chiemgau-Inn Salzac: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha.Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel: 09268-6667
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

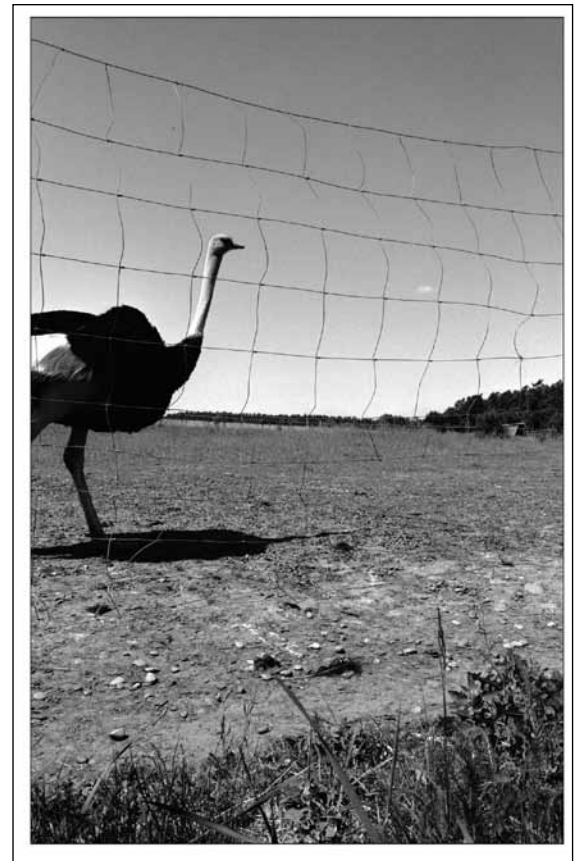
Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

„bodenlos“

Die immer weiter voranschreitende Entfremdung zwischen den Menschen und dem sie ernährenden Boden hat eine Gruppe von Fotokünstlern dazu inspiriert, diese gesellschaftliche Entwicklung sichtbar zu machen. Auf der Suche nach dem verlorenen Bezug zu Boden, Pflanzzeiten und Ernte sehnen sich die Einen nach Landidylle. Andere betreiben Guerilla-Gardening oder Permakultur auf ungenutzten Brachen. Mit unterschiedlichen Stilmitteln der Fotografie gehen die acht Fotografen der Gruppe Proof9 diesen gesellschaftlichen Entwicklungen nach. So stehen klassische Reportagen archaisch anmutender Arbeitswelten eher verschlüsselten Bildern von Jagd und Landarbeit gegenüber. Die Fotografie und speziell die hier gezeigten Bilder in der Brotfabrik ermöglichen jedem Betrachter seine eigene, individuelle Einsicht. Geführt vom persönlichen Bildgedächtnis und Erfahrungsschatz wird sich jeder sein eigenes Bild machen, wie „bodenlos“ wir agieren.



Vernissage in der Brotfabrik: Caligariplatz 1, Berlin
 9. März 2012 19.00 Uhr
 Ausstellungsdauer bis: 22. April 2012
 Öffnungszeiten: Di. - So. von 16.00 - 21.00 Uhr



bunabhängige bauernstimme: mit Bodenhaftung

03/2012

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Aboszeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221